

Warum verleugnete der EU-Abgeordnete Herbert Dorfmann (SVP) die Geschichte seiner eigenen Partei?

Internetseite des EU-Parlamentariers Herbert Dorfmann
www.herbert-dorfmann.eu

Am 22. November 2023 richtete der „Südtiroler Heimatbund“ (SHB) folgendes Schreiben an den EU-Parlamentarier Herbert Dorfmann (SVP):

„Sehr geehrter Herr Herbert Dorfmann,

am 20. November 2023 wurde auf der Internetseite der „Neuen Südtiroler Tageszeitung“ ein Artikel mit dem Titel „Großzügige Autonomie“

(<https://www.tageszeitung.it/2023/11/20/grosszuegige-autonomie/>) veröffentlicht, in welchem eine Wortmeldung von Ihnen, dem EU-Abgeordneten der „Südtiroler Volkspartei“ (SVP), wiedergegeben ist:

„Wir als SVP sehen es als unser primäres Ziel an, die Südtiroler Autonomie auszubauen. Wir haben nie Unabhängigkeitsbestrebungen gehabt.“

Als ehemaligem Lehrer und Bürgermeister ist Ihnen mit Sicherheit bekannt, dass Ihre Partei seit der Gründung im Jahre 1945 Jahrzehnte lang die Rückkehr nach Österreich und die Selbstbestimmung gefordert hat.

Als die Lage in Südtirol unerträglich wurde, bat der SVP-Obmann Dr. Silvius Magnago am 1. August 1959 den österreichischen Außenminister Dr. Kreisky, vor der UNO das Selbstbestimmungsrecht für Südtirol einzufordern.

Es kam 1961 zu der berühmten „Feuernacht“. Es wird Ihnen wohl bekannt sein, dass der Gründer des Befreiungsausschusses (BAS), Sepp Kerschbaumer, SVP-Ortsobmann von Frangart gewesen war. Er war 1961 verhaftet worden und nach erlittener Folter 1964 in der Haft verstorben. Kerschbaumer hatte so wie seine Mitstreiter und wie führende SVP-Politiker die Verwirklichung des Selbstbestimmungsrechtes zum Ziel gehabt.

Der „Südtiroler Heimatbund“ (SHB) hat kein Verständnis dafür, dass man die Geschichte durch Leugnung erwiesener Tatsachen verdreht.

Wir bitten Sie im Andenken an erbrachte Opfer mutiger Landsleute daher, dass Sie Ihre zitierte Behauptung der Wahrheit zuliebe öffentlich zurücknehmen.

*Roland Lang
Obmann des Südtiroler Heimatbundes“*

Einen Tag später antwortete Dorfmann auf dieses Mail und relativierte seine vorherige Behauptung. Er schrieb:

„Sehr geehrter Herr Lang,

herzlichen Dank für Ihre Rückmeldung.

Ich weiß natürlich, dass das Recht auf Selbstbestimmung in unserem Parteistatut festgeschrieben ist und wir dieses Grundrecht der Völker auch immer verteidigt haben.

Spätestens seit der Zustimmung der Südtiroler Volkspartei zum zweiten Autonomiestatut im Jahr 1969 hat meine Partei eine klare Entscheidung getroffen, wir arbeiten für den Ausbau der Autonomie in unserem Land. Wir haben gegenüber dem Staat Italien auch immer klargestellt, dass dies für uns nicht eine Zwischenlösung ist, sondern dass wir in einer starken Region Südtirol im Rahmen eines europäischen Einigungsprozesses arbeiten und dass das Selbstbestimmungsrecht für uns dann greifen würde, wenn der Staat Italien seine völkerrechtlichen

Auflagen nicht nachkommt.

Diese Position hat uns erlaubt Südtirols Autonomie dorthin zu bringen wo sie ist

*Mit freundlichen Grüßen,
Herbert Dorfmann“*

Man darf natürlich fragen: Wenn Herr Dorfmann „*natürlich*“ weiß, dass das Recht auf Selbstbestimmung in dem Statut seiner Partei festgeschrieben ist, warum hatte er dann eine falsche Erklärung abgegeben?

Hatte dies etwa mit weiteren Karrierewünschen im Rahmen der von Arno Kompatscher bestimmten SVP-Politik zu tun?

Die öffentliche Zurücknahme seiner Falschbehauptung hat Dorfmann bis jetzt jedenfalls nicht vorgenommen.

Der „Südtirol-Informationsdienst“ (SID) erledigt dies daher an seiner Stelle durch die obige Veröffentlichung der Emails.

Zudem teilen wir unseren Lesern und auch Herrn Dorfmann mit, wie oft und in welchem Ausmaß die „Südtiroler Volkspartei“ (SVP) immer wieder die Landeseinheit Tirols gefordert und das Recht auf Selbstbestimmung bekräftigt hat.

Dokumentation: SVP – Landeseinheit – Selbstbestimmung

1945: Programm der neugegründeten SVP

Am 19. Mai 1945 veröffentlichten die „Dolomiten“ das Programm der SVP:

Programm:

1. Nach 25jähriger Unterdrückung durch Faschismus und Nationalsozialismus den kulturellen, sprachlichen und wirtschaftlichen Rechten der Südtiroler auf Grund demokratischer Grundsätze Geltung zu verschaffen.
2. Zur Ruhe und Ordnung im Lande beizutragen.
3. Seine Vertreter zu ermächtigen — unter Ausschluß aller illegalen Methoden — den Anspruch des Südtiroler Volkes auf Ausübung des Selbstbestimmungsrechtes bei den alliierten Mächten zu vertreten.

1945: Petition der SVP an den österreichischen Bundeskanzler

Am 15. August 1945 richteten der Obmann der neu gegründeten „Südtiroler Volkspartei“ (SVP), Erich Amonn, und sein Generalsekretär Dr. Josef Raffener ein Schreiben an den österreichischen Bundeskanzler Dr. Karl Renner, in welchem sie in baten, sich für die Wiedervereinigung Tirols einzusetzen.

366-pol/45 Bozen, den 19. August 1945.

An
die Österreichische Regierung
z.H. des Bundeskanzlers Dr. Karl Renner,
W i e n.

erfüllen 18/9
Wilhelm

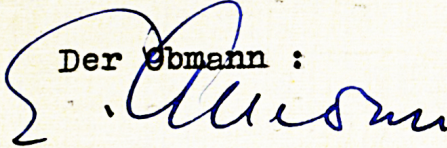
Sehr geehrter Herr Bundeskanzler !

Anlässlich der Wiedererrichtung eines freien und unabhängigen Österreichs wendet sich das Südtiroler Volk an die Österreichische Regierung mit der heissen Bitte, ihren Wunsch auf Wiedervereinigung Südtirols mit Nordtirol und Österreich bei den Alliierten Mächten zu vertreten.

Wir bitten Sie, Herr Bundeskanzler, den Ausdruck unserer ausgezeichneten Wertschätzung entgegenzunehmen.

Die Südtiroler Volkspartei

Der Obmann :



(Erich Amonn)

Der Generalsekretär :



(Dr. J. Raffener)

Auszüge aus dem Schreiben der SVP vom 19. August 1945
(Österreichisches Staatsarchiv, BMfAA II-pol Südtirol
1945, Karton 1, GZl 478-pol)

1945: Erklärung der „Südtiroler Volkspartei“ (SVP)

Am 29. November 1945 veröffentlichte das Organ der SVP, der „Volksbote“, einen Beschluss des Zentralkomitees der SVP, in dem es hieß, dass die Gewährung des Selbstbestimmungsrechtes *„die einzig mögliche Lösung der Südtiroler Frage“* sei.:

Erklärung der Südtiroler Volkspartei

Der Zentralausschuß sieht in der Gewährung des Selbstbestimmungsrechtes nach wie vor die einzig mögliche Lösung der Südtiroler Frage auf demokratischer Basis und darin zugleich die sicherste Gewähr für dauernd freundschaftliche Beziehungen der beiden an dieser Frage interessierten Nachbarvölker, die nicht nur im Interesse der in Südtirol lebenden Volksgruppen, sondern vor allem in jenem eines dauernden Friedens liegen.

1946: Selbstbestimmung – „einhelliger Wunsch des Südtiroler Volkes“

Am 1. Juni 1946 veröffentlichten die „Dolomiten“ auch im Namen der SVP eine dringende Bitte der Südtiroler an die Alliierten. In diesem Schreiben bezeichnete der SVP-Obmann Erich Amonn das **Verlangen nach Selbstbestimmung als „einhelligen Wunsch des Südtiroler Volkes“**.

Dolomiten

Anzeigenpreise: Die 66 mm breite mm-Zeile 15 L. —
kleine Anzeigen nach besonderem Tarif. Die Steuer
wird einzeln berechnet. — Anzeigenverteilung außerhalb
der Provinz Bozen bei allen Filialen der Società Pubbl. Ital.

Tagblatt der Südtiroler

Bezugsgebühr: Monatlich 101 L., vierteljährlich 301 L.,
halbjährlich 591 L., Einzelpreis 8 L. — S. i. a. p. — Con-
correnza post. 14712. — Abon.-Einzahlungen bei den Adress-
Geschäftsstellen Bozen, Bräun, Bruneck, Meran, Sterzing.

Nr. 125

Samstag, 1. Juni 1946

23. Jahrgang

Dringende Bitte der Südtiroler

an die Großmächte, ihnen hinsichtlich der Lösung der Südtiroler Frage
ihren Standpunkt durch ihre Vertreter darlegen zu dürfen

italienisch-österreichischen Grenze zu vertreten. Die S.V.P., die über 70.000 Mitglieder zählt, und die Sozialistische Partei Südtirols, die zusammen die Gesamtheit der bodenständigen Bevölkerung unseres Landes vertreten, glauben mit Recht verlangen zu können, daß vor der endgültigen Entscheidung über die Südtiroler Frage der einhellige Wunsch des Südtiroler Volkes gehört und berücksichtigt werden muß, der nach wie vor dahin geht, ihr die Ausübung des Selbstbestimmungsrechtes für ganz Südtirol vom Brenner bis Salurn zu ge-
währen, da dies die einzig mögliche gerechte Lösung auf demokratischer Basis darstellt.

Im Vertrauen darauf, daß der wiederholt zum Ausdruck gebrachte Wille des Südtiroler Volkes, um dessen Schicksal es ja geht, nicht unberücksichtigt gelassen werden kann, richten wir an die vier Großmächte die dringende Bitte, daß den Vertretern der beiden unterzeichneten Parteien die Möglichkeit gegeben wird, den Standpunkt des Südtiroler Volkes selbst in der geeigneten Weise darlegen zu dürfen.

Für die Südtiroler Volkspartei

Der Obmann: Erich Amonn

Für die Sozialistische Partei Südtirols

Für den Obmann: Ratschiller

1946: Appell der SVP an die alliierte Friedenskonferenz

Am 8. August 1946 veröffentlichten die „Dolomiten“ einen Appell der SVP an die Friedenskonferenz der alliierten Siegermächte:

Dolomiten

Anzeigenpreise: Die 66 mm breite mm-Zeile 15 L. —
kleine Anzeigen nach besonderem Tarif. Die Steuer
wird einzeln berechnet. — Anzeigenverteilung außerhalb
der Provinz Bozen bei allen Filialen der Società Pubbl. Ital.

Tagblatt der Südtiroler

Bezugsgebühr: Monatlich 101 L., vierteljährlich 301 L.,
halbjährlich 591 L., Einzelpreis 8 L. — S. i. a. p. — Con-
correnza post. 14712. — Abon.-Einzahlungen bei den Adress-
Geschäftsstellen Bozen, Bräun, Bruneck, Meran, Sterzing.

Nr. 179

Donnerstag, 8. August 1946

23. Jahrgang

Appell der Südtiroler Volkspartei an die Friedenskonferenz

Wie uns mitgeteilt wird, hat die Südtiroler Volkspartei an sämtliche 21 auf der Friedenskonferenz vertretenen Nationen einen ausführlichen und feierlichen Appell gerichtet, in dem sie noch einmal die Gewährung des Selbstbestimmungsrechtes gemäß der Atlantik-Charter fordert.

1953: SVP-Angeordneter Dr. Otto von Guggenberg: Selbstbestimmung „heiliges Recht“ und „keinem Verzicht unterworfen“

Am 7. Oktober 1953 berichteten die „Dolomiten“ über eine sehr deutliche Erklärung des SVP-Parlamentsabgeordneten Dr. Otto von Guggenberg in der Abgeordnetenversammlung des italienischen Parlaments.

Dolomiten

Einzelnummer 25 Lire

Anzeigenpreise: Die 43 mm breite mm-Zelle 75 Lire. — Kleins
Anzeigen nach besonderem Tarif. Die Steuer wird eigen-
ständig. Anzeigenverteilung außerhalb der Provinz Bozen bei
allen Filialen der Società Pubblicità Italiana. — Österreich
und Deutschland: Tyrolia, Innsbruck Maximilianstraße 8 —
Die Redaktion behält sich das Recht vor, Inseratsentwürfe
allenfalls zurückzuweisen.

Tagblatt der Südtiroler

Preis: jährlich 6250 Lire, halbjährlich 3250 Lire, viertel-
jährlich 1750 Lire, monatlich 600 Lire; Ausland: monatlich
600 Lire. — Postautokorrektur Nummer 14/712 — Klassifikation
bei allen Altheia Buchhandlungen — im Postabonnament.

Direktion, Schriftleitung, Verwaltung und Druckerei, Bozen, Museumstr. 42 und 42a, Telefon: Direktor 3361, Schriftleitung, Verwaltung und Druckerei Altheia 2776, 2777, 2778, 2779.

Nr. 229

Mittwoch, den 7. Oktober 1953

30. Jahrgang

Dr. v. Guggenberg erklärt in der Römischen Kammer:

«Selbstbestimmungsrecht immer und überall»

«Leider wurde uns Südtirolern dieses Recht schon zweimal verweigert»

«Für uns bleibt es ein heiliges Recht»

Für uns ist und bleibt und wird es immer ein heiliges Recht bleiben, das keinem Verzicht unterworfen sein kann, weder von denen, welchen es zusteht, noch weniger von Dritten in ihrem Namen.

1953: Beschluss des SVP-Parteiausschusses

Am 16. Oktober 1953 veröffentlichten die „Dolomiten“ einen „Beschluss des Parteiausschusses der SVP“, in welchem das Selbstbestimmungsrecht als *„heiliges Grundrecht“* bezeichnet wurde.

Beschluß des Parteiausschusses der SVP

Der Parteiausschuß der Südtiroler Volkspartei faßte in seiner Sitzung am 12. Oktober einstimmig folgenden Beschluß:

„Der Parteiausschuß spricht nach eingehender Erörterung den Parlamentariern der SVP, seinen Dank dafür aus, daß sie das Selbstbestimmungsrecht des Südtiroler Volkes in ihren Erklärungen als ein heiliges Grundrecht erneut vertreten und bekräftigt haben und bringt dafür ihnen einstimmig sein vollstes Vertrauen zum Ausdruck.

Er dankt gleichzeitig den „Dolomiten“ und dem „Volksboten“ für ihr mannhaftes und klares Eintreten zu Gunsten des Selbstbestimmungsrechtes unseres Volkes.

Er beauftragt die Parteileitung die vorstehende Erklärung in der Presse zu veröffentlichen.“

1957: Forderung nach Selbstbestimmung

Am 28. Mai 1957 beschloss der Jahreskongress der „Südtiroler Volkspartei“ (SVP) eine Resolution, in welcher sie die Forderung nach **Selbstbestimmung** erhob, *„falls eine angemessene Lösung der Probleme dieser Volksgruppe nicht erreicht werde.“*

Südtiroler wollen nicht Minderheit werden

Scharfe SVP-Resolution fordert Selbstbestimmung

BOZEN (AP). Die Südtiroler Volkspartei erklärte in einer gestern veröffentlichten Entschliebung ihres Jahreskongresses, sie werde für die deutschsprachige Bevölkerung Südtirols das Recht der Selbstbestimmung verlangen, falls eine angemessene Lösung der Probleme dieser Volksgruppe nicht erreicht werde. Sie beanspruche das gleiche Recht auf eine Volksabstimmung, wie es der italienische Außenminister Pella für Triest gefordert habe.

1960: Entschliebung der SVP-Landesversammlung: Drängen des Volkes auf Ausübung des Selbstbestimmungsrechtes



Am 7. Mai 1960 verabschiedete die außerordentliche Landesversammlung der „Südtiroler Volkspartei“ (SVP) folgende Entschliebung:

„Trotz aller bitteren Enttäuschungen richtet die

Landesversammlung nochmals den *eindringlichen Appell an Parlament und Regierung des italienischen Staates, endlich für das Land Südtirol allein, losgelöst vom Trentino, eine echte Landesautonomie ... zu gewähren ... Falls Italien diese europäische Haltung der Südtiroler nicht zu würdigen wissen sollte, und falls alle Bemühungen auf innerstaatlicher und internationaler Ebene um eine echte Landesautonomie scheitern würden, erklärt sich die Landesversammlung außerstande, das Drängen des Volkes auf Ausübung des Selbstbestimmungsrechtes aufzuhalten!*“

1961: Selbstbestimmung, falls keine Verhandlungslösung

Am 25. März 1961 stellte die Landesversammlung der „Südtiroler Volkspartei“ (SVP) die **Ausübung des Selbstbestimmungsrechtes** in den Raum, für den Fall, dass keine Verhandlungslösung in der Südtirolfrage gefunden werde.

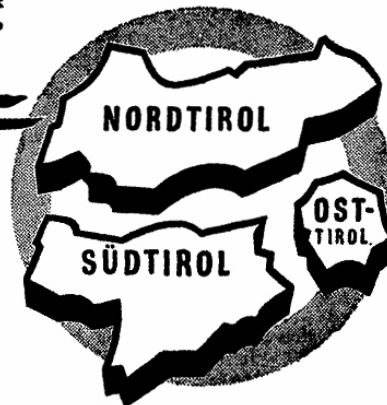
NUMMER 2 / APRIL 1961

Erscheinungsort Innsbruck
Verlagspostamt Innsbruck 2 P. b. b

Südtiroler Ruf

MITTEILUNGSBLATT DES BERGISEL-BUNDES

Herausgeber und Schriftleitung: Bergisel-Bund, Bundesleitung Innsbruck.
Für den Inhalt verantwortlich: Dr. Eduard Widmoser. Eigentümer und
Verleger: Bergisel-Bund, Bundesleitung Innsbruck, alle Innsbruck, Her-
rengasse 3. — Erscheint alle zwei Monate. — Druck: Verlagsanstalt
Tyrolia G. m. b. H., Innsbruck, Andreas-Hofer-Straße 4.



Entschließung

**der Landesversammlung der Südtiroler Volkspartei
vom 25. März 1961**

**Die Grundsätze des Risorgimento müssen auch
für Südtirol gelten**

An diesem denkwürdigen Tage, da der Präsident der Republik die Hundertjahrfeier der Einigung Italiens verkündet, bekennt sich das Volk von Südtirol einmütig zu jener Idee des Risorgimento, die die Staatszugehörigkeit nach dem Grundsatz des Selbstbestimmungsrechtes beinhaltet.

Es sieht in der Erfüllung dieses elementaren Grundsatzes die natürliche Voraussetzung für den gerechten und dauerhaften Frieden der Völker.

Im Sinne der Resolution der Vereinten Nationen soll jedoch auf dem Boden des Pariser Vertrages unter opferbereiter Zurückstellung jenes vornehmen Grundsatzes des Risorgimento noch einmal die Lösung des Südtirolproblems versucht werden.

Die Landesversammlung erklärt somit für das Südtiroler Volk, diesem letzten Versuche auf zwischenstaatlicher Ebene und der Anwendung anderer von der UNO empfohlener, friedlicher, politischer Mittel zuzustimmen.

Sie erklärt aber auch, daß sie vom Südtiroler Volke nicht Geduld bis zur Selbstaufgabe verlangen und erwarten kann.

Die Landesversammlung fordert daher die Partei als politische Willensträgerin des Südtiroler Volkes im Geiste der oben ausgesprochenen Ideale auf, im Falle des Scheiterns der in der UNO-Resolution vorgesehenen Schlichtungsmittel nicht zu zögern und dem Willen des Volkes Rechnung zutragen.

Bozen, am 25. März 1961

1972 und

1975: Recht auf Selbstbestimmung unverzichtbar

Am 2. Dezember 1972 fand in Meran die 23. ordentliche Landesversammlung der „Südtiroler Volkspartei“ (SVP) statt. In einem neuen Grundsatzprogramm wurde das Selbstbestimmungsrecht für unverzichtbar erklärt:

„Das in der UNO-Charta verankerte Recht auf Selbstbestimmung bleibt unverzichtbar. Die SVP betrachtet jedoch das Pariser Abkommen vom 5. September 1946 als Grundlage für die natürliche Entwicklung der Tiroler Minderheit im italienischen Staat.“

Am 5. August 1975 verlangte der SVP-Senator Dr. Peter Brugger die Ausübung des Selbstbestimmungsrechtes für den Fall, dass

Italien kommunistisch werden sollte. Und am 18. September 1975 gab die Parteileitung der Südtiroler Volkspartei folgende Stellungnahme ab: **„Die Parteileitung bekennt sich zu dem am 2. Dezember 1972 von der Landesversammlung genehmigten Programm, wonach das in der UNO-Charta verankerte Recht auf Selbstbestimmung unverzichtbar bleibt.“**

Es geschah in Südtirol

Beilage zur Zeitschrift „Südtirol in Wort und Bild“

1975/4

Senator Dr. Brugger verlangt die Selbstbestimmung

5. August: Die Trentiner Tageszeitung „L' Adige“ brachte ein Interview mit Senator Dr. Peter Brugger, der die Selbstbestimmung verlangt, wenn Italien kommunistisch wird. Laut Interview erklärte Dr. Brugger: „Wenn die Kommunisten oder eine Volksfrontregierung an die Macht kommen sollten, könnten wir Südtiroler auch die Selbstbestimmung verlangen.“ Forderung nach einer Volksbefragung in dieser Richtung wird von Dr. Brugger für „sehr wahrscheinlich“ gehalten, falls sich die Dinge „zum schlechteren“ wenden sollten. „Wenn wir zur Selbstbestimmung kommen sollten, würden uns alle Südtiroler und mit ihnen auch viele Italiener folgen. Daß sie für Österreich ausginge, kann als abgemacht gelten.“

Selbstbestimmung unverzichtbar

18. September: Die Parteileitung der Südtiroler Volkspartei gab nach über 3 Stunden Sitzung folgende Stellungnahme der Presse bekannt: „Die Parteileitung bekennt sich zu dem am 2. Dezember 1972 von der Landesversammlung genehmigten Programm, wonach das in der UNO-Charta verankerte Recht auf Selbstbestimmung unverzichtbar bleibt. Im Interesse von Volk und Land muß die Stellungnahme zu Aktualitäten der Inanspruchnahme dieses Rechtes den zuständigen Parteiorganen vorbehalten bleiben.“

1980: Landesversammlung der Südtiroler Volkspartei (SVP) – Selbstbestimmung unverzichtbar

Die Landesversammlung der Südtiroler Volkspartei (SVP) nahm am 22.3.1980 mit nur einer Gegenstimme und 5 Enthaltungen eine von dem Südtiroler Heimatbund (Organisation ehemaliger politischer Häftlinge) und einer Kommission der SVP-Leitung eingebrachte EntschlieÙung an, in welcher gefordert wurde, **„den unverzichtbaren Anspruch auf Selbstbestimmung wachzuhalten.“** Das Autonomie-Paket, so hieß es weiter in der Resolution, könne den ethnisch-kulturellen und wirtschaftlichen Bestand der Südtiroler alleine nicht gewährleisten. Die SVP möge an die Schutzmacht Österreich den Antrag stellen, *„die zuständigen internationalen Instanzen von dieser Sachlage zu verständigen.“*

(Die SVP unternahm allerdings nichts dergleichen.)

1983: Landesversammlung der Südtiroler Volkspartei (SVP) – Selbstbestimmung unverzichtbar

SVP-Parteibobmann Silvius Magnago brachte am 17.12.1983 auf der Landesversammlung der SVP folgenden Antrag ein, der mit überwältigender Mehrheit angenommen wurde:

„Die Landesversammlung bekräftigt erneut, dass das Selbstbestimmungsrecht für Südtirol im Sinne aller einschlägigen internationalen Bestimmungen einschließlich der UN-Menschenrechtspakte von 1966 unverzichtbar bleibt und verweist diesbezüglich auf ihre Resolution vom 22. März 1980. Die Landesversammlung ist jedoch gleichzeitig überzeugt, dass die konkrete Anrufung des Selbstbestimmungsrechtes zum jetzigen Zeitpunkt nicht realistisch ist.

Die Art und Weise und der Zeitpunkt der Inanspruchnahme des Selbstbestimmungsrechtes hängen von Bedingungen ab, die sich aus historisch-politischen Möglichkeiten ergeben können. Sollte sich in Zukunft eine reelle Möglichkeit bieten, eine Änderung herbeizuführen, auch eine Grenzänderung, so wird es die Südtiroler Volkspartei sein, ohne sich dabei von anderen Kräften treiben zu lassen, die von sich aus die Initiative dazu ergreifen wird; dies ganz unabhängig davon, ob wir uns als ein Volk oder eine Volksgruppe bzw. Sprachminderheit bezeichnen können.

Die Landesversammlung erklärt in Anlehnung an die Aussage des außenpolitischen Ausschusses des österreichischen Nationalrates vom 1. 10. 1946, dass der Pariser Vertrag keinen Verzicht auf das Selbstbestimmungsrecht bedeutet.

An der Haltung der SVP wird sich diesbezüglich nichts ändern.“

1984: SVP-Landessekretär: Selbstbestimmungsrecht ist unverzichtbar

Unter diesem Titel brachten die „BIB Mitteilungen des Bergisel-Bundes“ von Wien-Niederösterreich-Burgenland in ihrer

Ausgabe Nr. 2 vom Juni 1984 ein Interview mit dem Landessekretär der Südtiroler Volkspartei, Dr. Bruno Hosp, in welchem dieser sagte:

„Selbstbestimmung über das politische Schicksal ist ein immerwährendes Recht und steht jeder Generation zu, vor allem dann, wenn eine vorausgehende Generation unter Zwang auf dieses Recht verzichtet haben sollte. Ein solcher Verzicht mag noch so verständlich sein, moralisch Dauergeltung besitzt er nicht. Eine Anerkennung der Brennergrenze, die Tirol noch heute gewaltsam durchschneidet und darum im moralischen Sinne ein seit 1919 bestehendes Verbrechen an den Deutschösterreichern im heutigen italienischen Staatsgebiet darstellt, kommt nie in Frage. Eine volle Paketverwirklichung ändert dies nicht, auch wenn Italien es noch so gerne möchte.“

1991: SVP-Parlamentsabgeordneter forderte Ausübung des Selbstbestimmungsrechtes

Am 1.9.1991 veröffentlichte die italienische Presse in Bozen einen ihr durch Indiskretion zugegangenen vertraulichen Brief des SVP-Kammerabgeordneten Dr. Ferdinand Willeit an die SVP-Parteileitung. Darin erklärte Willeit, dass seiner Meinung nach der Zeitpunkt dafür gekommen sei, dass die SVP-Parlamentarier in Rom einen Begehrensantrag für die Ausübung des Selbstbestimmungsrechtes in Südtirol einbrächten.

Der Brief schlug hohe Wellen in der Öffentlichkeit. Die SVP-Spitze lehnte jedoch den Willeit-Vorschlag ab.

1992: Landeshauptmann Durnwalder (SVP) – Mehrheit wäre für Rückkehr nach Österreich

Am 12. 6. 1992 brachte das österreichische ÖVP-Parteiorgan „Neues Volksblatt“ ein Interview mit dem Südtiroler Landeshauptmann Dr. Durnwalder, in welchem dieser erklärte:

„Wenn man den Südtirolern das Selbstbestimmungsrecht gewährte und sie abstimmen ließe, dann garantiere ich, dass eine Mehrheit für eine Rückkehr nach Österreich zustande kommen“

würde. Es ist das Natürlichste, dass zusammengehört, was Jahrhunderte zusammengewachsen ist, und der Landeshauptmann von Südtirol sicherlich für Tirol stimmen würde.“

1992: SVP-Parteiausschuss – Unabhängigkeit Südtirols in den Raum gestellt

Am 9. November 1992 beschloss der Parteiausschuss der „Südtiroler Volkspartei“ (SVP) in einer Resolution an die SVP-Landesversammlung die Forderung, dass die Südtirol-Autonomie zu einer „Europaregion Tirol“ weiterentwickelt werde. Gleichzeitig wurde auf die **„Unverzichtbarkeit des Selbstbestimmungsrechtes“** hingewiesen.

Am 21. November 1992 wurde diese Resolution von der SVP-Landesversammlung mit überwältigender Mehrheit angenommen.

Der **SVP-Parteiboss Dr. Roland Riz** richtete in seiner Rede hinsichtlich der mangelnden Umsetzung von „Paket“-Bestimmungen mahnende Worte an die italienische Regierung und drohte **„als letzte Konsequenz mit der Ausrufung der Unabhängigkeit Südtirols, wenn sich Rom nicht unzweideutig zu einer internationalen Absicherung der Südtirol-Autonomie bekenne.“** (APA 22. 11. 92)

Am 22. November 1992 berichtete die Südtiroler „Zeitung am Sonntag“ unter dem Titel **„Riz: Bei Wortbruch für Unabhängigkeit“** über die SVP-Landesversammlung von Vortag. In dem Artikel hieß es: „Riz wörtlich: **„Dann verlangen wir unsere Unabhängigkeit und werden diese auch ausrufen!“**“

1994: SVP-Obmann – Selbstbestimmung, wenn Autonomieverletzungen

Im Dezember 1994 erklärte der **Obmann der Südtiroler Volkspartei (SVP), Dr. Siegfried Brugger**, gegenüber den Medien: Sollte es unter einer neuen Rechtsregierung neuerlich Autonomieverletzungen geben, wäre Selbstbestimmung **„die weitere Entwicklung.“** Man werde dann die Südtirolfrage internationalisieren und **„die Selbstbestimmung ausrufen.“**

1999: Altlandeshauptmann DR. Magnago – Mehrheit würde für Österreich stimmen

Am 23. November 1999 erschien in der „Neuen Südtiroler Tageszeitung“ ein Interview mit dem Südtiroler Altlandeshauptmann **Dr. Silvius Magnago** unter dem Titel **„Noch sind wir nicht so verdorben“**:

Magnago sagte: *„Wenn es zu einer Abstimmung kommen würde, würde die Südtiroler Volkspartei die Zeit nutzen, eine Überzeugungskampagne zu führen. Diese würde immer dazu führen, dass die Mehrheit der Südtiroler für die Zugehörigkeit zu Österreich stimmen würde. Darüber habe ich keinen Zweifel. Die Selbstbestimmungsgegner würden dann sicher das Geld als Argument anführen. Aber noch hat uns das viele Geld nicht so sehr verdorben, dass wir nur daran denken.“*

2006: SVP strebt laut ihrem Parteiprogramm die Selbstbestimmung an

Am 24. Juni 2006 veröffentlichten die „Dolomiten“ ein Interview mit dem **SVP-Obmann Elmar Pichler-Rolle**, in welchem dieser darauf verwies, dass die „Südtiroler Volkspartei“ (SVP) gemäß ihrem Parteiprogramm die Selbstbestimmung anstrebe.

SCHÜTZENPETITION (3) / SVP-Obmann

„Eine politische Meinungsäußerung“

Pichler-Rolle: Fordern Selbstbestimmung, wenn Staat einseitig Spielregeln verletzt

Bozen – „Ich weiß nichts von Ermittlungen.“ SVP-Obmann Elmar Pichler-Rolle fiel gestern aus allen Wolken: „Die Petition war eine politische Meinungsäußerung. Das wäre ja noch schöner, wenn wir uns von jemandem vorschreiben lassen müssten, was wir denken dürfen.“

„Dolomiten“: Herr Pichler-Rolle, gegen Sie und 112 Ihrer Kollegen wurde nach der Schützenpetition ermittelt...

Elmar Pichler-Rolle: Davon wusste ich nichts, ich denke, auch die anderen wussten es nicht. Ich wurde nicht informiert, und ich wurde auch nicht befragt oder angehört.

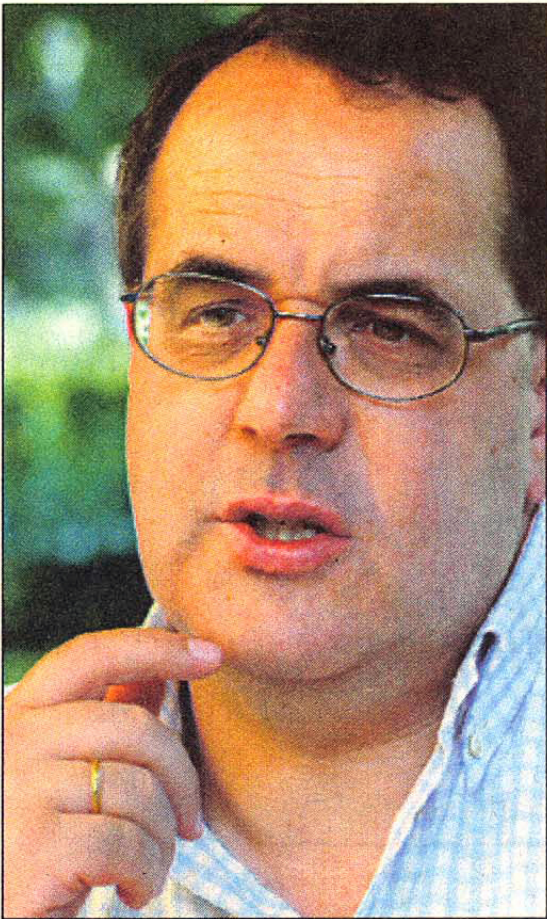
„D“: Die Forderung nach Selbstbestimmung war vor Änderung des Strafgesetzes ja ein

Anschlag auf die Einheit des Staates.

Pichler-Rolle: Ich kann nur wiederholen: Wir haben eine politische Meinung kundgetan, und das ist wohl außerhalb jeglicher strafrechtlicher Handlung, und auch die Verfassung dürfte wohl die freie Äußerung einer politischen Meinung über alles andere stellen. Wir haben uns damals nur erlaubt vorzuschlagen, die Selbstbestimmung Südtirols als Passus in die österreichische Verfassung aufzunehmen.

„D“: Will denn die SVP die Selbstbestimmung?

Pichler-Rolle: Letzthin ist darüber ja viel diskutiert worden. Im Parteiprogramm steht, dass wir die Selbstbestimmung anstreben – die Forderung danach behalten wir uns vor. Die



Pichler-Rolle: Recht auf freie Meinungsäußerung. Foto: „D“/eg

Forderung nach Selbstbestimmung steht jedem Volk zu, und wir werden darauf zurückkommen, wenn der Staat einseitig Spielregeln verletzt. Grundsätzlich steht die SVP zur Autonomie.

„D“: *Das letzte Wort zum Thema Selbstbestimmung ist jedenfalls noch nicht gesprochen...*

Pichler-Rolle: Nein. Vor allem als Minderheit im Staat steht uns die Forderung danach zu. Und wie gesagt: Für uns wird die Frage dann aktuell, wenn der Staat einseitig Versprechen bricht. Aber darüber zu reden, lassen wir uns nicht verbieten. Das wäre ja noch schöner, wenn wir uns vorschreiben lassen müssten, was wir zu denken haben.

Interview: Ulrike Huber

2007: Südtiroler Landtag lehnte italienischen Grundsatzantrag für Verbleib bei Italien ab

Am 7. Februar 2007 lehnte der Südtiroler Landtag einen Grundsatzantrag des Abgeordneten Alberto Pasquali von der „Forza Italia“ ab. In dem Antrag war die Einbindung Südtirols in die Republik Italien als definitiv und unwiderruflich bezeichnet worden.

Landeshauptmann Luis Durnwalder erklärte dazu in der Debatte, dass man auf das Selbstbestimmungsrecht nie verzichtet habe, denn es bleibe *„ein Grundrecht eines jeden Volkes“*. Mit dem anschließenden Beschluss sprach sich der Südtiroler Landtag gegen einen definitiven Verbleib Südtirols bei Italien aus.

2008: Landeshauptmann Durnwalder – Selbstbestimmung, wenn Autonomieaushöhlung

Am, 13. August 2008 brachte „Südtirol Online“ (Dolomiten“) einen Bericht, in dem es hieß:

*„Eine deutliche Warnung richtete der Landeshauptmann an all jene, ,die unsere besondere Autonomie, die von mehreren Staatspräsidenten als solche anerkannt worden ist, beschneiden oder aushöhlen wollen. ... **Jenen, die uns auf das Niveau der Regionen mit Normalstatut bringen möchten, sage ich: Wir lassen nicht mit uns spaßen. Wenn das passiert, werden wir die Selbstbestimmung verlangen**‘, unterstrich Durnwalder.“*

2009: SVP-Politiker Richard Theiner – Das Ziel der Selbstbestimmung nicht aus den Augen verlieren

Am 25. März 2009 brachte „Südtirol Online“ („Dolomiten“) folgendes Interview mit dem SVP-Obmann-Kandidaten und späteren **SVP-Obmann Richard Theiner**. Dieser erklärte zur Frage der Selbstbestimmung, *„**dass die SVP dieses wichtige Thema angehen muss und es nicht anderen Parteien überlassen kann. ... Die Selbstbestimmung ist ein Ziel, welches nur erreicht werden kann, wenn sich Deutsche, Italiener und Ladinern gemeinsam dafür einsetzen und zusammen an einem Strang ziehen. ... Wir brauchen uns ... nicht auf dem bisher Erreichten, der Autonomie, wie wir sie zurzeit haben, ausruhen. Ich sehe es als eine der wichtigsten Aufgaben der Volkspartei, alles für die Stärkung und den Ausbau der Autonomie zu tun und dabei das Ziel der Selbstbestimmung nicht aus den Augen zu verlieren.** „*

2009: SVP-Obmann Theiner – So viel wie möglich an Selbstbestimmung erlangen

Am 16. April 2009 erklärte der neue **SVP-Obmann Richard Theiner** gegenüber „Südtirol Online“ („Dolomiten“):

*„Es wäre töricht, die Autonomie in Frage zu stellen. Trotzdem: Die Autonomie muss nicht Endstation sein. Das heißt: wir können und sollten die Autonomie weiterentwickeln. Unser Ziel sollte es dabei immer sein, **soviel wie möglich an Selbstbestimmung und Selbstverantwortung zu erlangen.**“*

2016: SVP-Parteistatut – Unverzichtbarkeit des Selbstbestimmungsrechtes



Südtiroler
Volkspartei

Landesleitung |

Brennerstraße 7/A
39100 Bozen

Tel.: 0471 30 40 00
Fax: 0471 98 14 73

info@svp.eu
www.svp.eu

SVP-PARTEISTATUT

Die Südtiroler Volkspartei schützt die ethnischen Minderheiten sowohl auf innerstaatlicher als auch auf internationaler Ebene, und strebt den kontinuierlichen Ausbau der Autonomie Südtirols an und bekräftigt die Unverzichtbarkeit des Selbstbestimmungsrechtes der Südtiroler.

2020: Chefredakteur Dr. Toni Ebner – Bei Drangsalierung Mehrheit für Rückkehr nach Österreich

Dr. Toni Ebner, Chefredakteur der Tageszeitung „Dolomiten“, erklärte am 10. Oktober 2020 in der ORF-Dokumentarsendung „100 Jahre Südtirol – Zerrissen zwischen den Mächten“ von Brigit Mosser-Schuöcker:

*„Die klassische Frage ‚Selbstbestimmung für Südtirol – wollt ihr zurück zu Österreich‘, hängt von den Umständen ab. Wenn die Umstände so sind, dass die italienische Regierung die Südtiroler drangsaliert, das hat es ja immer wieder gegeben, und Probleme schafft, dann glaube ich, dass **eine Mehrheit in Südtirol für eine Rückkehr nach Österreich zustande kommt.**“*

So wurden die Südtiroler

Freiheitskämpfer gefoltert

Der verstorbene Freiheitskämpfer Hermann Anrather aus Kurtatsch

Bericht aus Anlass des Todes von Hermann Anrather

Wie der „Südtiroler Heimatbund“ (SHB) in einer Aussendung mitteilte, ist der ehemalige Freiheitskämpfer **Hermann Anrather**, Schneidermeister aus Kurtatsch, in der Nacht auf den 10. November verstorben.

Bereits in den 1950er Jahren hatte er zusammen mit anderen späteren Freiheitskämpfern spektakuläre Protestaktionen gegen die Fortsetzung der faschistischen Entnationalisierungspolitik in Südtirol durchgeführt. Eine besonders Aufsehen erregende Aktion war das Abbrennen eines großen Feuerkreuzes in den Herz-Jesu-Nächten in den Grauner Wänden oberhalb des Dorfes.

Die Treue zur Heimat hatte ihm nach der „Feuernacht“ des 11. auf den 12. Juni 1961 Folter und Gefängnis beschert. Er war ebenso wie viele andere „amtsbekannten“ heimattreuen Südtiroler verhaftet und dann in der Carabinieri-Kaserne in Kurtatsch schrecklich gefoltert worden.



Aber kann das Unfaßbare Wahrheit sein? Muß es als Tatsache hingenommen werden, daß mitten in Europa, im nichtkommunistischen freien Europa, Menschen teuflisch gefoltert werden?

Die Folterkammer
wird die berüchtigte Karabinieri-Station in Kurtatsch genannt. Hier erlebte der

Aus einem Bericht in einer deutschen Illustrierten

Ein Anwalt und Regionalratsabgeordneter brachte die Folterungen an die Öffentlichkeit

Was Hermann Anrather nach seiner Verhaftung widerfahren war, gelangte erstmals an das Licht der Öffentlichkeit, als der aus Rovereto stammende Trentiner Abgeordnete Dr. Sandro Canestrini am 18. Jänner 1962 im Regionalrat in Trient Folterberichte zweier verhafteter Südtiroler Freiheitskämpfer verlas. Diese Briefe waren ihm in seiner Eigenschaft als Rechtsanwalt und Strafverteidiger zugekommen. In der Folge sollte sich Canestrini in den Strafprozessen gegen Südtiroler Freiheitskämpfer als mutiger Verteidiger erweisen.



Dr. Sandro Canestrini im Kreise von Angehöriger der verhafteten Südtiroler

Über die von Canestrini öffentlich gemachten Folterungen berichteten die „Dolomiten“ und die „Tiroler Tageszeitung“ am 20. Jänner 1962:

Italienischer Abgeordneter meldet neue grauenhafte Folterungen

TRIENT (APA, AFP). – Der Regionalrat der Region Trentino-Südtirol hat am Donnerstagabend fast einstimmig den Text eines Dokumentes gebilligt, das dem Parlament in Rom zugeleitet werden soll und in dem verlangt wird, daß volle Klarheit über den Tod der beiden Südtiroler Häftlinge, Franz Kofler und Anton Gostner, sowie über die Mißhandlungen, denen andere politische Häftlinge während ihrer Inhaftierung ausgesetzt waren, geschaffen werde. Der Fraktionsführer der Südtiroler Volkspartei, Dr. Brugger, erklärte im Regionalrat, nach den Sprengstoffanschlägen habe sich der Schatten des Ausnahmezustandes über Südtirol gesenkt. Aber auch wenn das Standrecht ausgerufen sei, dürften Organe, die zur Wahrung von Recht und Ordnung eingesetzt sind, nicht mit rechtswidrigen Mitteln über Recht und Ordnung wachen.

● Der italienische Abgeordnete Canestrini

verlas im Laufe der Sitzung zwei weitere erschütternde Briefe von Südtiroler Häftlingen, deren Inhalt die bisher veröffentlichten bei weitem übertrifft. Es handelt sich um die Berichte von Hermann Anrater und Josef Anegg aus Kurtatsch über die von ihnen erlittenen Mißhandlungen, die „Dolomiten“ zufolge auch die kühnsten Vorstellungen jedes gesitteten Menschen übertreffen.

In seinem Brief aus dem Gefängnis schilderte Anrather die erlittene Folter: „Ich musste mit der linken Hand oben stehen, und man hatte mir dauernd mit der Hand und Faust ins Gesicht

geschlagen u. ins Gesicht gespien. Mit einen vierkantigen Stock schlug man mir auf den Händen, Unterarm und am Oberschenkel weil ich nicht imstande war gerade zu stehen...Wurde zirka eine Stunde lang ohne Rücksicht geschlagen wie am Vortage. Zusezlich gab man mir Fustritte und schlug man mir mit der Faust an dem Geschlechtsteil“, so Anrather in seinem Brief.

*Ich Hermann Anrather nach Josef und der
Albina Gruber geb. am 16. Mai 1930 in Kurtatsch
Sohnhaft in Kurtatsch.*

*Obgenannter wurde am 16. Juli in Kurtatsch von den
Carabinieri von Kurtatsch verhaftet. Es war 8
Morgens. Von jener Stunde an wurde ich verhöört
und dauernd geschlagen. Ich mußte mit der linken
Hand oben stehen und man hatte mir dauernd
mit der Hand und Faust ins Gesicht geschlagen u.
ins Gesicht gespien. Mit einen vierkantigen Stock
schlug man mir auf den Händen, Unterarm u.
am Oberschenkel weil ich nicht imstande war
gerade zu stehen. Obwohl sie wussten vom Gemein*

Faksimile in: Sepp Mitterhofer / Günther Obwegs: „...Es blieb kein anderer Weg“, Meran 2000, S.94 f

Weiter heißt es: „Mit einer Zange hate man mir die Finger gequetscht, sowie bei den Haaren gezogen das dem Carabiniere ein Handvoll Haare in die Hand gebliben ist. Als ich vertig und erschöpft war, wurde mir mein erstes Protokol geschrieben, wo ich auch zugegeben hätte das ich meine Mutter umgebracht habe, wen sie mich danach gefragt hätten.“

Haft für Anrather

Anrather erstattete Anzeige gegen seine Folterer. Er wurde

trotz des erfolgten „Geständnisses“ am 16. Juli 1964 in Mailand zu 2 Jahren und 8 Monaten Kerker verurteilt, in der Berufungsinstanz wurde die Strafe am 30. Juni 1966 auf 7 Jahre und 4 Monate angehoben. Am 2. Juni 1969 begnadigte der italienische Staatspräsident unter dem Vorzeichen der gewünschten Annahme des „Südtirolpakets“ durch die Südtiroler Volkspartei eine Reihe von Häftlingen, darunter Hermann Anrather.



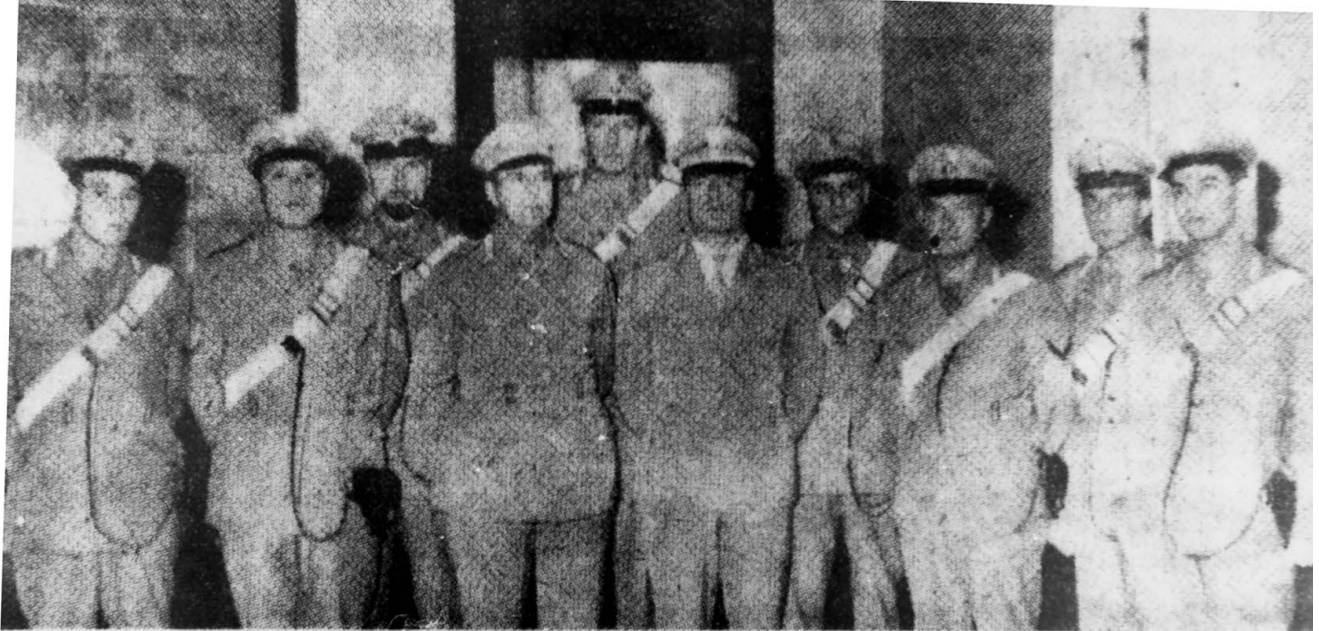
Hermann Anrather (X) auf der Anklagebank im Mailänder Prozess 1964

Freiheit für die Folterknechte

1963 hatte Dr. Sandro Canestrini als Anwalt der gefolterten Südtiroler Häftlinge im Trienter Carabinieriprozess die Vertuschungs-Praktiken des Staates, der Carabinieri und der Gerichtsbehörden an den Pranger gestellt und im Gerichtssaal

erklärt, dass das Dulden der Tortur jenem rassistischen Denken entspringe, aus welchem einst der Faschismus und der Nationalsozialismus entstanden seien.

Die Folterknechte waren freigesprochen und anschließend staatlich geehrt und ausgezeichnet worden.



Nach Freispruch auch — „Belobigung“

Die römische Zeitung „Il Tempo“ vom 1. September berichtete, daß die zehn Carabinieri, die in Trient wegen Mißhandlung von Südtiroler Häftlingen vor Gericht gestanden sind, in Rom vom Kommandanten der Carabinieri, General de Lorenzo, empfangen wurden, der ihnen seine Anerkennung für ihr Verhalten während des Prozesses aussprach. Das Blatt veröffentlicht auf Seite 1 in großer Aufmachung obiges Photo der zehn Carabinieri in voller Uniform, das nach ihrer Ankunft in Rom aufgenommen wurde. In der Bildunterschrift wird auch auf das „pro-

Bericht aus den „Dolomiten“

Dokumentation: Der vollständige Bericht von Hermann Anrather

Ich Hermann Amather nach Josef und der
Albina Gruber geb. am 16. Mai 1930 in Kurtatsch
Gehöft in Kurtatsch.

Obgenannter wurde am 16. Juli in Kurtatsch von den
Carabinieri von Kurtatsch verhaftet. Es war 8^h
Morgens. Von jener Stunde an wurde ich verhört
und dauernd geschlagen. Ich mußte mit der linken
Hand oben stehen und man hatte mir dauernd
mit der Hand und Faust ins Gesicht geschlagen u.
ins Gesicht gespien. Mit einem vierkantigen Stock
schlug man mir auf den Händen, Unterarm u.
am Oberschenkel weil ich nicht instande war
gerade zu stehen. Obwohl sie wussten vom Gemein-
dearzt aus, das ich eine schwere Operation hinter
mir habe. Es wurde im Jahre 1959 die rechte Niere mir
herausgenommen. Das alles dauerte bis zirca 11.45h
Dan bis am Abend des selben Tages mußte ich ~~ste~~
stehen und zeitweilig mit dem linken Arm erholen
zirca um 18^h gab man mir das erste Essen, das schon
Stunden neben mir stand und nicht essen konnte
weil ich völlig erschöpft war. Am folgenden Tag
am 17. Juli, zirca um 12^h wurde ich wieder entlassen
Um 22,30^h am selben Tag wurde ich wieder von den
selben Carabinieri verhaftet. Wurde zirca eine Stunde
lang ohne Rücksicht geschlagen wie am Vortage.
Zusätzlich gab man mir Fußtritte und schlug man
mir mit der Faust an dem Geschlechts teil.
Mit einer Zange klatzte man mir die Finger /.

gequetscht, sowie bei den Haaren gezogen
das dem Carabiniere ein Handvoll Haare in
die Hand geblieben ist. Als ich fertig und
erschöpft war, wurde mein erstes Protokoll
geschrieben, wo ich auch zugegeben hätte das ich
meine Mutter vorgebracht habe, wenn Sie mich da-
nach gefragt hätten. Am folgenden Morgen ward
ich in ein Zimmer gebracht, wo noch Blutflecken
von meinen Mitverhafteten Onian Josef, Anegg
Josef und Pomella Adolf sichtbar waren. Habe
mit meinen eigenen Augen gesehen wie Onian
mit einem Teppichklopper auf dem nackten Leib
geschlagen wurde sowie auch auf dem Kopf.
Das Wimmern und schmerzliche Stöhnen ~~der~~ der
Mishandelter überliefte oft das gellende Gekrei
des ^{vorübergehenden} dortlaufenden Granatpfeils. Bald allem wurden
wir alle gemant nach Neumarkt ins Gefängnis
überführt, wo wir ~~von~~ von Carabinieri gedroht
wurden nach Ezyon zu überführen um von neuem
Mishandelt zu werden. Im Neumarkter Gericht wurden
wir vom Gerichtsarzt aus Padua untersucht und
wegen den Mishandlungen vernommen. Dort haben
wir uns alle gesehen auch zum Teil mit ganz
blaugeschlagenen Körpern.

Hermann Amather

Wiedergegeben in: Sepp Mitterhofer / Günther Obwegs: „...Es
blieb kein anderer Weg“, Meran 2000, S.94 f

Landtagswahlen 2023 – Eine Analyse des Ergebnisses von Cristian Kollmann

Bild Cristian Kollmann: Süd-Tiroler Freiheit; Bildkomposition: SID

Am 28.11.1948 hatte die Südtiroler Volkspartei (SVP) mit 67,6% der Stimmen einen überragenden Erfolg errungen. Mit Recht wurde sie als Sammelpartei der Südtiroler angesehen.

Die Südtiroler Landtagswahlen brachten am 22. Oktober 2023 ein dramatisches Ergebnis. Nach 75 Jahren, am 22.9.2023, endete mit nur mehr 34,5% der Stimmen der bisherige Siegeslauf der SVP innerhalb der Volksgruppe, sie wurde im Vergleich zu 1948 halbiert. Viele Wähler hatten offenbar nicht mehr erkennen können, ob die SVP unter der Führung des Landeshauptmannes Arno Kompatscher (SVP) noch für andere Ziele als die Sicherung gut dotierter Mandate und Posten eintrete.



Landeshauptmann Arno Kompatscher hat stets seine Verbundenheit mit Rom und den Italienern betont. Hier sieht man ihn auf einem Alpini-Treffen in Bozen. Seinen deutschen und ladinischen Landsleute hat dies vielfach nicht so gut gefallen.

Der bekannte Südtiroler Toponomastik-Experte und Sprachhistoriker Cristian Kollmann hat über die derzeitige Situation in Südtirol nachstehende Analyse zur Verfügung gestellt. Er zeigt die Varianten der noch möglichen Koalitionen auf, die dem geschlagenen LH Arno Kompatscher (SVP) verbleiben.

Neuer Landtag in Südtirol – Kommt

die Wende?

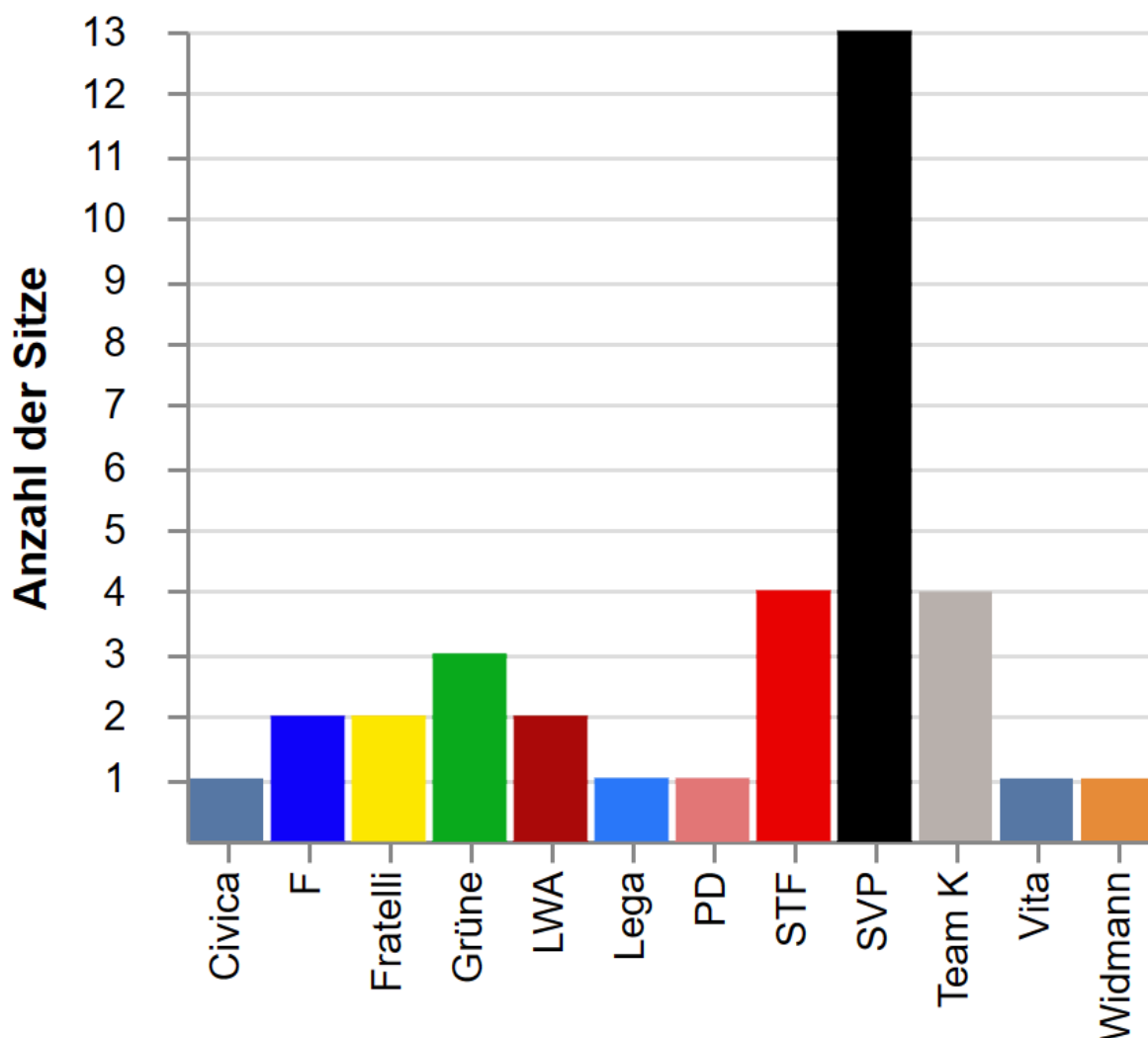
von Cristian Kollmann

Am 22. Oktober 2023 fanden in Südtirol Landtagswahlen statt. 16 Parteien waren angetreten und zwölf haben es in den Landtag geschafft. Nachstehend das Ergebnis für sie im Detail:

Partei	Stimmen	Prozent	Sitze
Südtiroler Volkspartei (SVP)	97.092	34,5%	13
Team K (Köllensberger)	31.201	11,1%	4
Süd-Tiroler Freiheit	30.583	10,9%	4
Verdi-Grüne-Vërc	25.445	9,0%	3
Fratelli d'Italia	16.747	6,0%	2
Liste Jürgen Wirth Anderlan	16.596	5,9%	2
Die Freiheitlichen	13.836	4,9%	2
Partito Democratico	9.707	3,5%	1
Für Südtirol mit Widmann	9.646	3,4%	1
Lega Salvini Alto Adige Südtirol	8.541	3,0%	1
La Civica	7.301	2,6%	1
Vita	7.222	2,6%	1

Die Sitzverteilung im Landtag grafisch dargestellt:

Gesamtzahl der Landtagssitze: 35



Das Ergebnis dieser Landtagswahl brachte ein Novum in der Geschichte Südtirols: Die regierende Südtiroler Volkspartei hat zum ersten Mal so viele Stimmen verloren, dass sie zum Regieren einen deutschen Koalitionspartner benötigt.

Dieses Novum war wohl der Hauptgrund dafür, dass über den Ausgang einer Südtiroler Landtagswahl, anders als in der Vergangenheit, in ganz Italien, aber auch in Österreich und Deutschland ausführlich berichtet wurde.

Ganz richtig ist überall davon die Rede, dass schwierige Koalitionsgespräche anstehen. Die potentiellen **interethnischen Koalitionspartner (Team K, Grüne)** haben nämlich keinen Italiener zu bieten.

Mindestens ein italienisches Regierungsmitglied ist aber erforderlich, weil laut Südtiroler Autonomiestatut die Sprachgruppen in der Landesregierung im selben Verhältnis wie im Landtag vertreten sein müssen.

Die Zahl der italienischen Kandidaten, die es bei dieser Wahl in den Landtag geschafft haben, beläuft sich auf fünf und ist damit vergleichsweise niedrig. Bei der letzten Landtagswahl waren es acht. Fünf Abgeordnete von insgesamt 35 machen in Prozent 14,29 aus. Wenn man davon ausgeht, dass die künftige Südtiroler Landesregierung so wie bisher aus neun Mitgliedern besteht, geht sich bei 14,29 Prozent ein italienischer Abgeordneter aus (mathematisch exakt wären dies 1,29).



Portal des Südtiroler Landtages in Bozen

Welche Koalitionen sind möglich?

Umgehend nach dem Wahlergebnis wurden medial alle möglichen Koalitionsszenarien durchgespielt. Da der Südtiroler Landtag 35 Abgeordnete stellt, braucht es für eine Regierungsmehrheit

mindestens 18 Stimmen. Für die Südtiroler Volkspartei hat es nur für 13 Mandate gereicht, zwei weniger als bisher.

Eine einzige italienische Partei als Partner für eine mehrheitsfähige Regierung reicht aber nicht, weil die stärkste italienische Partei, die **Fratelli d'Italia**, nur zwei Stimmen beisteuern kann.



Mit nationalistischen Aktionen gegen Südtirol hat sich die Fratelli-Vorsitzende und jetzige Ministerpräsidentin Giorgia Meloni in Südtirol allerdings nicht besonders beliebt gemacht

Mögliche, jedoch wenig realistische Dreierkoalitionen

Zum ersten Mal in der Geschichte Südtirols ist eine Zweierkoalition nicht mehr möglich. Rein technisch möglich wären dagegen folgende Dreierkoalitionen:

- Südtiroler Volkspartei (13), Team K (4), Fratelli d'Italia (2): 19 Stimmen;
- Südtiroler Volkspartei (13), Süd-Tiroler Freiheit (4), Fratelli d'Italia (2): 19 Stimmen.

Allerdings sind beide Koalitionsvarianten wenig realistisch. Zu groß sind nämlich die ideologischen Differenzen zwischen

den faschistischen Fratelli d'Italia und dem Team K bzw. der Süd-Tiroler Freiheit. Andererseits stünde diese Koalition zahlenmäßig auf einigermaßen stabilen Beinen, denn die Regierungsparteien hätten immerhin um zwei Stimmen die Mehrheit.



Mit solchen Plakaten hat sich die Süd-Tiroler Freiheit bei den neofaschistischen Fratelli d'Italia nicht sonderlich beliebt gemacht

Viererkoalition unumgänglich

Um eine stabile Mehrheit zu bekommen, ist eine Viererkoalition unumgänglich. Die Konstellationen, aus denen sich eine Viererkoalition ergeben könnte, sind, rein technisch

betrachtet, vielfältig und folglich politisch komplizierter. Jedem der Koalitionspartner müsste die Südtiroler Volkspartei mindestens einen Landesregierungssitz zugestehen, was letztlich für die Volkspartei selbst weniger Sitze bedeuten würde. Nachstehend werden **vier Szenarien einer Viererkoalition** durchgespielt.

Viererkoalition, Szenario 1: Südtiroler Volkspartei, Grüne, Partito Democratico, La Civica

Grundsätzlich muss sich die **Südtiroler Volkspartei** entscheiden, ob sie eine Koalition nach links oder nach rechts will. Es ist ein offenes Geheimnis, dass Landeshauptmann **Arno Kompatscher** immer schon mit den Grünen sympathisierte. Doch um mit den Grünen zumindest hauchdünn regieren zu können, werden zwei weitere Sitze benötigt, die nur die **beiden linken Parteien Partito Democratico und La Civica** beisteuern können, demnach: **Südtiroler Volkspartei (13), Grüne (3), Partito Democratico (1), La Civica (1)**.



Viererkoalition, Szenario 1: Südtiroler Volkspartei, Grüne, Partito Democratico, La Civica

Gemeinsam hätte man dann eine **hauchdünne Regierungsmehrheit von 18 Stimmen**. Von den neun Sitzen in der Landesregierung würden dann aller Wahrscheinlichkeit zwei die Grünen und je einen die beiden italienischen Parteien für sich reklamieren. Für die Südtiroler Volkspartei blieben dann nur noch fünf Regierungssitze übrig, während es in der bisherigen Koalition

mit der Lega, die zwei Landesräte stellte, noch sieben waren.

Viererkoalition, Szenario 2: Südtiroler Volkspartei, Team K, Partito Democratico, La Civica

Eine stabilere Mitte-links-Regierung ergäbe sich, wenn die Südtiroler Volkspartei statt den Grünen das um einen Sitz stärkere **Team K** ins Boot holen würde, weil sich dann mit 19 Stimmen eine Regierungsmehrheit ergäbe.

Demnach: **Südtiroler Volkspartei (13), Team K (4), Partito Democratico (1), La Civica (1)**



Viererkoalition, Szenario 2: Südtiroler Volkspartei, Team K, Partito Democratico, La Civica

Viererkoalition, Szenario 3: Südtiroler Volkspartei, Fratelli d'Italia, die Freiheitlichen, Lega

So sehr sich **Arno Kompatscher** eine Mitte-links-gerichtete Landesregierung wünschen würde, so sehr beschäftigt ihn gewiss auch der Gedanke, dass eine solche Regierung mit jener in Rom nicht kompatibel wäre.

Wenn **Arno Kompatscher** eines ist, dann romgefällig – egal, wer gerade dort am Ruder ist.

Und das ist aktuell nun einmal ganz klar eine Rechtsregierung. Gerade die in Rom regierenden und nach wie vor

faschismusaffinen Fratelli d'Italia haben sich im Landtagswahl besonders interessiert an einer Koalition mit der Südtiroler Volkspartei gezeigt.

Auch die Südtiroler Tageszeitung „Dolomiten“ publizierte noch am Tag vor der Landtagswahl ein Propagandainterview mit **der italienischen Ministerpräsidentin Giorgia Meloni**. Kritische Fragen – etwa warum sie im Jahr 2014 den Südtirolern nahelegte, sie mögen doch nach Österreich auswandern, wenn sie sich mit der italienischen Trikolore nicht identifizieren wollen – bekam die Ministerpräsidentin freilich nicht gestellt.



Im August 2022 war ein Video im Internet aufgetaucht, in welchem Giorgia Meloni erklärte, dass Mussolini ein guter Politiker gewesen sei.

Mittlerweile ist Frau **Meloni** ja angeblich staatstragend und gemäßigt. Dieses Bild wollen zumindest die etablierten Medien vermitteln. Ob dies das Südtiroler Volk und vor allem die Wähler der Südtiroler Volkspartei tatsächlich auch so sehen, ist fraglich. Und genau das bringt **Arno Kompatscher** in die Zwickmühle. Um seine neuen römischen „Freunde“ in Rom nicht vor den Kopf zu stoßen, täte er aus seiner Sicht gut daran, die **Fratelli d'Italia** in die Südtiroler Landesregierung zu holen.

Doch um eine Regierungsmehrheit zu erreichen, benötigt er weitere rechte Partner, von denen auf deutscher Seite die **Freiheitlichen** (die mit zwei Sitzen konstant geblieben sind) und auf italienischer Seite sowohl die **Fratelli d'Italia** (die von einem Sitz auf zwei Sitze zugelegt haben) als auch die **Lega** (die von vier Sitzen auf einen Sitz geschrumpft ist) die meisten Synergien hätten.

Eine derartige Mitte-rechts-gerichtete Regierung hätte dann die denkbar knappste Mehrheit von 18 Stimmen, demnach:

Südtiroler Volkspartei (13), Fratelli d'Italia (2), Freiheitliche (2), Lega (1).



Viererkoalition, Szenario 3: Südtiroler Volkspartei, Fratelli d'Italia, die Freiheitlichen, Lega

Wie eine Regierung mit den Grünen wäre auch diese Regierung auf Grund der Mehrheit von lediglich einer Stimme **höchst instabil**.

Daher ist es fraglich, ob **Arno Kompatscher** dieses Risiko eingehen möchte. Und zudem: Wie groß wäre der Rückhalt in der Bevölkerung für eine Südtiroler Landesregierung, in der, **genau nach 100 Jahren seit der Machtergreifung der Faschisten, ausgerechnet deren ideologische Enkel** sitzen?

Viererkoalition, Szenario 4: Südtiroler Volkspartei, Süd-Tiroler Freiheit, die

Freiheitlichen, Lega

Man kann es drehen und wenden, wie man will: eine tragfähige Regierung in Südtirol scheint außer Reichweite – so zumindest für **Arno Kompatscher**. Doch bei genauerem Hinschauen stellt man fest, dass das eigentliche Problem nicht beim Wahlergebnis liegt, sondern woanders: bei **Kompatscher** selbst. Wenn er weniger romgefällig wäre und dafür aber mehr Patriotismus für (Süd-)Tirol empfinden würde, sähe **Kompatscher** auch die naheliegendste Lösung: eine Koalition seiner Partei mit der **Süd-Tiroler Freiheit**, den **Freiheitlichen** und der **Lega**, demnach:

Südtiroler Volkspartei (13), Süd-Tiroler Freiheit (4), Freiheitliche (2), Lega (1).



Viererkoalition, Szenario 4: Südtiroler Volkspartei, Süd-Tiroler Freiheit, die Freiheitlichen, Lega

Mit insgesamt 20 Stimmen hätte diese Regierung eine Mehrheit um sogar 2 Stimmen, wobei allein schon die deutschen Parteien, da mit 19 Stimmen ausgestattet, bereits von sich aus eine Mehrheit ausmachen würden und de facto auf die Stimme des laut Autonomiestatut zwingend vorgesehenen italienischen Landesrats gar nicht angewiesen wären.

Kompatscher könnte argumentieren: Mit der **Lega** als italienischen Partner bliebe sein direkter Draht zur italienischen Regierung aufrecht. Vor seinen Wählern würde er glaubwürdig erscheinen, weil er die nach wie vor **faschistischen Fratelli d'Italia** außen vor lässt. Zentrale Anliegen der Regierung könnten dann sein:

- die Rückholung und der Ausbau der Autonomie;
- die Forderung an Rom nach der Zuständigkeit für die Einwanderung;
- umfassende Maßnahmen zum Heimatschutz, d.h. der deutschen und ladinischen Sprache, der muttersprachlichen Schulen, der historisch fundierten Ortsnamen;
- die Forderung an Wien nach der doppelten Staatsbürgerschaft für die Südtiroler;
- Maßnahmen für den Umweltschutz auf der Grundlage des gesunden Menschenverstandes.

Auf der Agenda des Regierungsprogramms mit dem **unpatriotischen Team K** und den **antipatriotischen Grünen** als Regierungspartner wären die genannten Programmpunkte wohl nicht zu finden, stattdessen regelrecht die gegenteiligen, die da wären:

- weitere Aushöhlung der Autonomie durch Abschaffung des ethnischen Proporz;
- die Fortsetzung einer unkontrollierten Einwanderung und der Nicht-Abschiebung von kriminellen Ausländern;
- die Ausweitung von gemischtsprachigen Schulen und damit langfristig die Abschaffung der muttersprachlichen Schulen;
- die schnelle Vergabe der italienischen Staatsbürgerschaft an Ausländer (wofür allerdings der Staat zuständig wäre), aber die Verweigerung der doppelten Staatsbürgerschaft für die Südtiroler;
- Maßnahmen gegen den Klimawandel, die zwar nicht effizient sind, dafür aber zu einer noch drastischeren Bevormundung, Verarmung und Überwachung der Bürger führen – siehe Beispiel Deutschland.

Bei einer Viererkoalition mit der Süd-Tiroler Freiheit als größter Juniorpartner läge der Fokus eindeutig auf den patriotischen Themen und somit auf der Stärkung der Identität der Südtiroler.

Doch kann dies im Sinne der **Lega** sein? Zustimmung wäre sicher zu erwarten, wenn es darum geht, das Migrationsproblem und die damit einhergehende hohe Kriminalitätsrate in den Griff zu kriegen.

Die Leidtragenden dieses Problems sind ja nicht ausschließlich die Südtiroler, sondern alle redlichen Bürger, unabhängig von ihrer ethnischen Zugehörigkeit. Und was ist mit der Rückholung der verloren gegangenen autonomen Kompetenzen bzw. dem Ausbau der Autonomie? Wäre dafür die Lega zu gewinnen? Es sei daran erinnert, dass die **Lega** ursprünglich den Föderalismus hochhielt und sich sogar für die Selbstbestimmung der Völker aussprach. Das ist lange her, und die Lega ist zu einer gewöhnlichen zentralistischen und mitunter auch nationalistischen Partei geworden.

Andererseits behaupten, wenn es um Südtirol geht, nicht nur die Lega, sondern auch die **Fratelli d'Italia** autonomiefreundlich zu sein. Was konkret damit gemeint ist, könnte die Lega in einer Regierung, wo sie von den deutschen Parteien jederzeit überstimmt werden könnte, unter Beweis stellen. Dasselbe gilt für die patriotischen Kernthemen der **Süd-Tiroler Freiheit**. Als zweitstärkster Koalitionspartner könnte sie klare Forderungen stellen, und es wäre interessant zu sehen, wie weit die Lega, damit sie mitregieren kann, zu einem Entgegenkommen bereit wäre.



Sven Knoll,

Landtagsabgeordneter
und Mitglied der
Landesparteileitung der
Süd-Tiroler Freiheit

Sven Knoll, die Gallionsfigur der **Süd-Tiroler Freiheit**, der als Landeshauptmann-Kandidat angetreten war, hat von allen Kandidaten südtirolweit am drittmeisten Vorzugsstimmen erhalten (25.290, zum Vergleich zu 2018: 9.118) – nach Arno Kompatscher (58.771; zum Vergleich 2018: 68.210) und dem neuen Kandidaten der Südtiroler Volkspartei, Hubert Messner (30.605).

Auf Grund nicht nur des **sehr guten Wahlergebnisses für die Süd-Tiroler Freiheit (die von 2 Sitzen auf 4 Sitzen zugelegt hat)**, sondern auch auf Grund des sehr guten Wahlergebnisses für **Sven Knoll** persönlich, würde ihm, demokratiepolitisch betrachtet, das Amt eines Landesrates eindeutig zustehen. Doch spielen demokratiepolitische Faktoren gerade bei der Ernennung von Koalitionspartnern und der Zuweisung von Regierungsämtern bekanntlich sehr selten eine Rolle.

Fünferkoalition, nur zum Machterhalt?

So wird auch **Arno Kompatscher** sich von strategischen Überlegungen leiten lassen. Aus seiner Sicht mag es auch verständlich sein, dass er möglichst wenig von seiner Macht abgeben und sich in Rom bloß keine Feinde schaffen will. Genau genommen kann er dies nur dadurch erreichen, indem er sowohl die **Fratelli d'Italia** als auch die **Lega** ins Boot holt.

Von deutscher Seite könnte er die **Freiheitlichen** hinzuziehen, und damit seine Regierung auf eine Mehrheit von 19 Stimmen kommt, zusätzlich von italienischer Seite **La Civica**, demnach:

Südtiroler Volkspartei (13), Fratelli d'Italia (2), die

Freiheitlichen (2), Lega (1), La Civica (1).



Fünferkoalition: Südtiroler Volkspartei, Fratelli d'Italia, die Freiheitlichen, Lega, La Civica.

Neben den Freiheitlichen müssten dann natürlich auch alle drei italienischen Partner in der Landesregierung mit einem Posten versorgt werden, obwohl es für die Landesregierung nur einen Italiener benötigen würde. Für die Südtiroler Volkspartei blieben dann um so weniger Posten übrig, und die Italiener wären in der Landesregierung überproportional zum Landtag vertreten. **Eine Fünferkoalition ist zudem freilich noch schwerer regierbar als eine Dreierkoalition, und die überproportionale Vertretung der Italiener könnte viele Südtiroler vor den Kopf stoßen.**

Alles ist möglich, sicher ist nur eines

Zum jetzigen Zeitpunkt scheint noch alles möglich zu sein. Egal, welche Regierung Südtirol bekommen wird, sicher ist nur eines: **Die Südtiroler Volkspartei muss zum ersten Mal in ihrer Geschichte auf die anderen deutschen Parteien zugehen.**

Das ist schon einmal ein Anfang der Wende. Wenn Arno Kompatscher stattdessen es vorzieht, die deutschen Parteien hintanzustellen und sich noch mehr als bisher mit seinen

italienischen „Freunden“ anzubiedern, dann wird seine Partei noch weiter abstürzen und die Süd-Tiroler Freiheit wird noch weiter zulegen.

Aus dem Anfang vom Ende der Südtiroler Volkspartei würde dann die Fortsetzung. Und aus dem Anfang der Wende für die patriotischen Kräfte würde dann ebenso die Fortsetzung.



Ein neues bedeutendes Tiroler Geschichtswerk

Vor Kurzem stellte der ehemalige **Nationalratsabgeordnete und FPÖ-Südtirolsprecher Werner Neubauer BA MA** auf einer Pressekonferenz in Bozen und auf einer Veranstaltung in Gries-Bozen sein neues Buch vor. Es ist ein Geschichtswerk, an welchem der Verfasser, der Südtirol zu seiner zweiten Heimat neben Oberösterreich erkoren hat, mehr als zwei Jahre lang

gearbeitet hat. Neubauer, welcher selbst **Mitglied der Schützenkompanie Gries** ist, hat aus Archiven bislang unbekannte Dokumente zu Tage gefördert und prächtige Bilder zur Geschichte der Tiroler Landesverteidigung insgesamt beigestellt.

Auf der Pressekonferenz in Bozen erklärte Werner Neubauer ausführlich sein neues Werk.



Buchvorstellung auf der Pressekonferenz. V. l. n. r.:
Verleger Elmar Thaler, Autor Werner Neubauer, Hauptmann
Alexander Corradini

Schützenwesen ab dem 15. Jahrhundert

NEUERSCHEINUNG: Kompanie Gries stellt umfangreiches Werk zur „Wehrhaftigkeit“ vor – Eine Tirolensie des Autors und Schützenleutnants Werner Neubauer

BOZEN (pka). Es sei ein hartes Stück Arbeit gewesen, dieses rund 500 Seiten umfassende Buch, das unter dem Titel „600 Jahre Grieser Wehrhaftigkeit – als Teil der Tiroler Landesverteidigung“ der Presse vorab vorgestellt wurde, zu verfassen, erklärte Werner Neubauer. Immerhin habe er zweieinhalb Jahre daran gearbeitet, waren doch anfangs kaum Unterlagen oder Dokumente aufzutreiben. Durch seine Hartnäckigkeit, das Durchstöbern von privaten und öffentlichen Archiven sowie durch Gespräche mit vielen Zeitzeugen konnte dann manch Unbekanntes ans Licht gebracht werden, das nun in diesem umfangreichen Werk dokumentiert wurde. Wichtig für Neubauer sei es gewesen, auch zum Namensgeber der Grieser Kompanie, Major Josef Eisenstecken, Näheres in Erfahrung zu bringen, denn „er hat ja Seite an Seite mit Andreas Hofer am Bergisel gekämpft.“

Oberleutnant Michl Oberrauch zeigte dann anhand der



(Von links): Evelyn Kreezdorn-Puff, Werner Neubauer, Alexander Coradini und Michl Oberrauch.

pka

200-jährigen Geschichte seiner Familie auf, wie eng diese mit dem Schützenwesen, insbesondere in Gries, verflochten und verbunden war. „Ein Vorfahre von mir, Anton Kaspar Oberrauch, der von 1776 bis 1843 lebte, war bereits Mitglied der Grieser Schützen und im Jahr des Tiroler Freiheitskampfes 1809 zu-

dem Schützenkommandant. Er war Besitzer des ‚Wastlhofes‘ am örtlichen Hauptplatz und besaß noch mehrere Höfe und Grundstücke. Zwei davon musste er jedoch verkaufen, da er als Hauptmann für den Sold seiner Schützen aufzukommen hatte und nach dem verloren gegangenen Krieg keinerlei Rückerstattung

durch den Kaiser bekam.“ Es war dann seiner Frau Maria Klara zu verdanken, die mit finanzieller Hilfe ihrer Angehörigen das Haus am Grieser Hauptplatz wieder erwerben konnte.

Einen ganz anderen Aspekt beleuchtete anschließend Hauptmann Alexander Coradini, der über die Fahnen als Sym-

TERMIN

Buchvorstellung am 29. September

BOZEN (pka). Das Buch „600 Jahre Grieser Wehrhaftigkeit“ wird am Freitag, 29. September 2023 um 19.30 Uhr in der Münzbank in Gries der Öffentlichkeit vorgestellt. ©

bole des Freiheitswillens sprach. Sie seien ursprünglich zur Orientierung für die Kämpfenden eingesetzt gewesen, wurden dann aber quasi zum „Heiligtum“ erkoren. „Wir haben insgesamt 8 Schützenfahnen, die aus verschiedenen Epochen stammen. Die älteste davon wurde bereits Ende des 17. Jahrhunderts erwähnt, ist aus Seide, misst beachtliche 220 mal 340 Zentimeter und sie stellt den Tiroler Adler dar. Interessant ist, dass Fahnen unter dem Faschismus beschlag-

nahmt und einige davon noch vorher von einzelnen Familien und in Kirchen versteckt werden konnten. So wurden manche vor der Vernichtung oder dem Untergang bewahrt.“ Corradini erinnert abschließend an den unvergessenen Grieser Schützen Paul Bacher, der von 1961 bis zu seinem Tode der Kompanie treu ergeben war, als Hauptmann und als Landeskommandant das Südtiroler Schützenwesen mitgeprägt hatte.

Besondere Aufmerksamkeit käme auch den Marketenderinnen zuteil, wie Corradini hinzufügt, die ursprünglich den Tross begleitet und die Soldaten mit Waren und Dienstleistungen versorgt hätten. „Heutzutage sind sie genauso wenig wegzudenken, denn sie sind eine wertvolle Stütze für uns und die Kompanien und nehmen vielfältige Aufgaben wahr, auch im Führungsbereich.“

Die Tageszeitung „Dolomiten“ berichtete am 23. September 2023 ausführlich über das neue Geschichtswerk.

Diese neue Geschichtswerk schildert anhand der Geschichte der Grieser Kompanie die **Entstehung und das Werden der Tiroler Wehrhaftigkeit und Landesverteidigung insgesamt**. Es ragt in seiner Bedeutung damit weit über den lokalen Rahmen von Gries hinaus und ist eine Fundgrube des Wissens für Jeden, der sich

mit der Tiroler Geschichte befasst.



600 Jahre Grieser Wehrhaftigkeit als Teil der Tiroler Landesverteidigung

Autor: Werner Neubauer

Format: 26 x 23,5 cm

Seiten: 530

Effekt-Verlag Neumarkt/Südtirol

30.00 €

Hier gelangt man auf die **Bestellseite** des Effekt-Verlages:

<https://www.oeffekt.it/produkt/600-jahre-grieser-wehrhaftigkeit-als-teil-der-tiroler-landesverteidigung/>

Buchbesprechung von Dr. Franz Pahl



Dr. Franz Arthur Pahl, von Beruf Lehrer, war von 1976 bis 1979 Landesjugendsekretär der Südtiroler Volkspartei (SVP). Von 1983 bis 2008 war er **Abgeordneter im Südtiroler Landtag und im Regionalrat Trentino-Südtirol**. Er hatte einige Jahre lang die Ämter des Vizepräsidenten der Regionalregierung und des Präsidenten des Regionalrats inne.

Journalistisch war Dr. Franz Pahl als Herausgeber der Wochenzeitung „Der Tiroler“ und des „Südtiroljournals“ sowie als Redakteur bei „Radio Südtirol“ tätig. Er hat auch eine Reihe von politischen Beiträgen in der Tageszeitung „Dolomiten“ veröffentlicht. Er folgt stets einer klaren volkstumpolitischen Linie, die er klar und deutlich vertritt. Er hat über Neubauers neuestes Werk nachstehende Buchbesprechung verfasst.

600 Jahre Grieser Wehrhaftigkeit als Teil der Tiroler Landesverteidigung

Ein Beitrag von Dr. Franz Pahl

Der Kunsthistoriker und Autor **Werner Neubauer BA MA**, Nationalratsabgeordneter a. D., ist der langjährige Südtirolsprecher der FPÖ und ein besonders treuer Freund und

Kenner Südtirols.

Mit seinem Werk „600 Jahre Grieser Wehrhaftigkeit als Teil der Tiroler Landesverteidigung“ hat er eine Tirolensie von besonderer Bedeutung geschaffen.

Tirol im Blickpunkt

Im Mittelpunkt steht die Grieser Schützenkompanie mit ihrer großen Tradition. Im Tiroler Gedenkjahr 1984 gab sie sich den Namen **Josef Eisenstecken**, genannt der „Badlwirt“, der einer der bedeutenden Offiziere Andreas Hofers war. Der Verfasser bettet die Geschichte der Grieser Schützen in die gesamte Tiroler Geschichte und in die Geschichte Südtirols seit 1919 ein, als die Südtirolfrage als politische Frage entstand, die bis heute keine wirkliche Lösung gefunden hat.

Der Namensgeber der Schützenkompanie Gries

Im Gedenkjahr 1984 „175 Jahre Tiroler Aufstand 1809“ fasste die Kommandantschaft der Schützenkompanie Gries den Beschluss, die Kompanie nach dem Grieser „Badl-Wirt“ „Major Josef Eisenstecken“ zu benennen.

Wer war dieser Tiroler, der es in seinem viel zu kurzen Leben zum Adjutanten Andreas Hofers, Kommandanten im Zentrum am Bergisel im Mai 1809, Kommandanten in Südtirol und Anführer bei der Befreiung Südtirols im Jahr 1813, brachte?

Die folgenden Ausführungen sollen darüber Auskunft verleihen.



Major Josef Eisenstecken, 1809.⁴

Historische Quellen

Die folgende Schilderung basiert im Wesentlichen auf den wenig vorhandenen literarischen Quellen „Josef Eisenstecken – Ein Lebensbild aus dem Jahre 1809“ von Johann Carl Platter aus dem Jahr 1885 und „Josef Eisenstecken, Tiroler Landesschützen-Major 1809 – Ein Lebensbild“ von Dr. R. Granichstädten-Czerva, aus dem Jahr 1940.

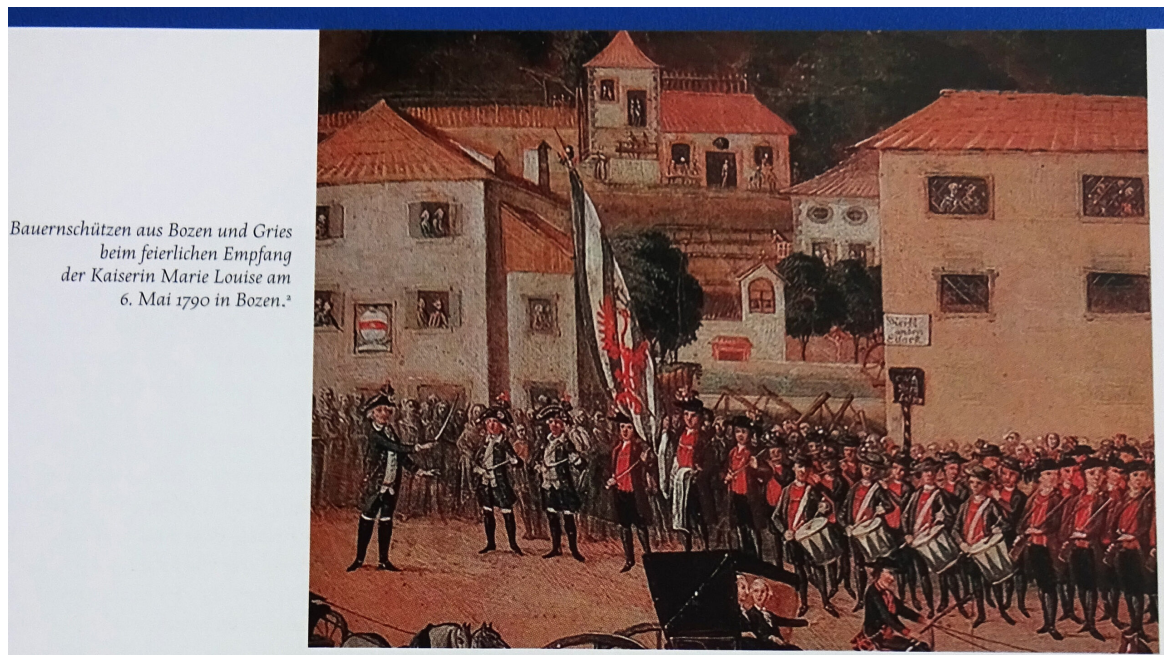
Aus dem Reinerlös durch Platters Werk sollte dem Kommandanten Eisenstecken am „Badl-Hofe“ im Kurort Gries eine Gedenktafel errichtet werden.³

Aus „600 Jahre Grieser Wehrhaftigkeit“

Grieser Schützen nahmen an allen Verteidigungskriegen teil

Viele Einzelaussagen verdeutlichen das Selbstverständnis der Grieser Schützen, die stellvertretend für viele andere

Schützenkompanien stehen, die in der Freiheits- und Verteidigungsgeschichte Tirols eine bedeutende Rolle spielten.



Aus „600 Jahre Grieser Wehrhaftigkeit“

Der Verfasser geht chronologisch vor. Herausragende historische Ereignisse, bei denen sich die Tiroler Schützen bewährten, sind die großen Bedrohungen der Tiroler Freiheit 1703 durch die Bayern, in den Franzosenkriegen von 1796-97, von 1809, 1848, 1866 und schließlich 1915, als Italien gegen Österreich in den Krieg eintrat.

Das Landlibell von Kaiser Maximilian von 1511

Die Geschichte der Grieser Schützen beginnt schon vor dem Landlibell von 1511 von Kaiser Maximilian. Dieses Gesetz über die Tiroler Wehrordnung regelte umfassend die Rolle des Landesaufgebotes, das auf Freiwilligkeit beruhte.

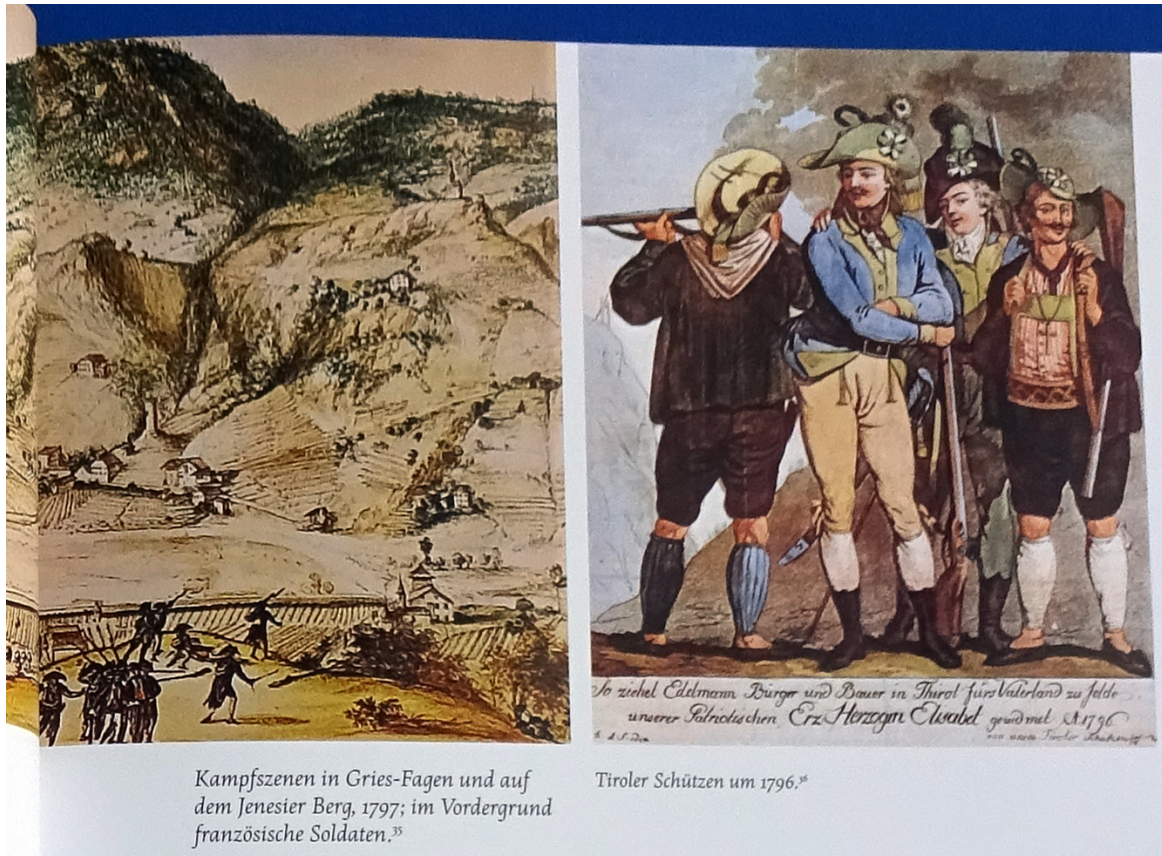


Das „Landlibell“ von 1511 und die älteste Fahne der Schützenkompanie Gries etwa aus dem Jahre 1700. (Bilder aus „600 Jahre Grieser Wehrhaftigkeit“)

Die Entstehung des Grieser Schützenwesens reicht aber bereits in das Jahr 1420 zurück. Sie stellten sich auf die Seite des Landesherrn, des Herzogs Friedrich IV, der den widerspenstigen Adel bekämpfte und darum auch die Burg Greifenstein oberhalb von Siebeneich belagerte. Die Entstehungsgeschichte ist wenig belegt. Besonders unter dem Faschismus gingen Dokumente verloren. Die Tiroler Gerichte, heute würde man sagen Bezirke, führten die Schützenregister.

In der Schlacht von Calliano und im bairisch-pfälzischen Erbfolgekrieg 1504 waren Grieser Schützen Teil der Tiroler Streitmacht bei der Belagerung von Kufstein, das damals noch zu Bayern gehörte. Dieser Krieg schrieb österreichische Geschichte. Das Habsburgerreich vergrößerte sich um Kufstein, Rattenberg und Kitzbühel. In der Schlacht von Calliano am 10.

August 1487 während des Krieges Kaiser Maximilians gegen die Dogenrepublik Venedig zeichneten sich die Grieser Schützen besonders aus. Der Krieg brachte Tirol eine Gebietserweiterung mit Ala, Avio und Brentonico.



Aus „600 Jahre Grieser Wehrhaftigkeit“

Bereits 1636 wurde das Landesdefensionwerk, die Ordnung der Landesverteidigung, der Zeit angepasst. Die demokratischen Gepflogenheiten blieben aber bestehen. In den Jahren der ersten Abwehr der Franzosen diente Josef Eisenstecken als Soldat und kehrte 1802 in die Heimat zurück. Ab 1802 trafen sich beim „Badlwirt“ die Tiroler Patrioten zu politischen Gesprächen. Sie nahmen langsam konspirative Gestalt an, denn Österreich trat im Pressburger Frieden von 1805 Tirol an Bayern ab.

Josef Eisenstecken – Ein Held in den

Freiheitskriegen

Major Josef Eisenstecken wurde im Kreis um Andreas Hofer zu einem bedeutenden Befehlshaber der Tiroler Streitmacht gegen die bayrisch-französischen Bataillone. Der kaiserliche Intendant Hormayr erkannte in Eisenstecken einen begabten Offizier und ernannte ihn zu seinem Adjutanten. In der Berg-Isel-Schlacht vom 25. bis zum 29. Mai 1809 führte Eisenstecken ein starkes Tiroler Kontingent von 5.000 Mann in den Kampf. Seiner Führung war ein guter Teil des Sieges zu verdanken.



Der österreichische General Chasteler trifft die siegreichen Hofer und Eisenstecken in Sterzing (oberes Wipptal) am 14. April 1809 zur Vereinigung der österreichischen Truppen mit dem Tiroler Landsturm.²⁹

Aus „600 Jahre Grieser Wehrhaftigkeit“

Im Oktober 1809 wurde Eisenstecken zum Kommandanten für das südliche Tirol ernannt. Damit unterstanden ihm auch die Grieser Schützen. Bei Lavis gerieten sie in einen Hinterhalt. 40 Grieser Schützen verloren bei diesem heldenhaften Kampf ihr Leben. Dem Verfasser ist es gelungen, die Namen zu einem größeren Teil aufzulisten.

1810 floh Eisenstecken nach Wien. Willkürliche Verhaftungen und zahlreiche Erschießungen von gefangenen Tiroler Offizieren und auch einfachen Kämpfern ließ es mehr als geraten erscheinen, sich der Gefahr durch die Flucht nach Österreich zu entziehen. Eisenstecken blieb aber mit Hormayr in Verbindung und stieß damit auch zum Kreis von Erzherzog Johann, dem Freund der Tiroler von Anfang an, der versuchte, eine österreichische Kriegserklärung gegen Napoleon herbeizuführen.

Nach der Niederlage Napoleons in Russland und noch vor der weiteren Niederlage Napoleons in der Drei-Kaiser-Schlacht von Leipzig vom 16. bis 19. Oktober 1813 begann die Befreiung Tirols. Eisenstecken nahm daran als „Obrist Wachtmeister“ (alte Form von Major) teil und organisierte die Verteidiger von Welschtirol bis Lienz. Von dort aus drang er bis Toblach und Welsberg vor. Am 4. Oktober zog er in Bruneck ein. Am 10. Oktober kam er nach Bozen. Am 31. Oktober 1813 war Tirol von den Franzosen befreit. Napoleon war es nach der verlorenen Völkerschlacht bei Leipzig nicht mehr möglich, frische Truppen nach Tirol zu entsenden.

Grieser Schützen hielten die Wacht an der Südfront

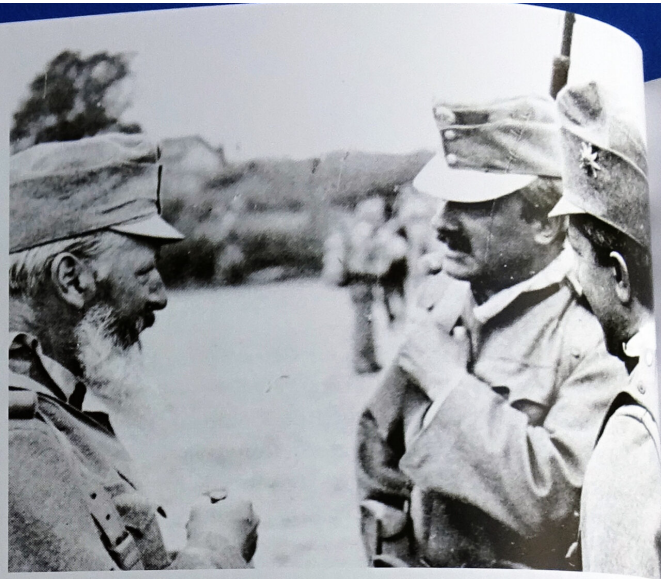
1848, als sich Österreich im Krieg gegen das Königreich Piemont befand, standen die Grieser Schützen erneut im Einsatz zur Verteidigung der Südgrenze. Als jedoch Feldmarschall Radetzky in der Schlacht von Custozza am 25. Juli 1848 siegte, bestand für Tirol keine Gefahr mehr.

Als der 1. Weltkrieg begann, blieb Italien zunächst neutral. Den Seitenwechsel zu den Entente-Mächten in Geheimverhandlungen in London ahnte man schon Wochen vor der formellen italienischen Kriegserklärung im Mai 1915. Die Grieser Schützen trafen schon am 21. Mai 1915 in der deutschen Sprachinsel Vielgereut ein. Bis zum Durchbruch 1917 kämpften

sie an der Südfront.

Im Herbst des Jahres 1918 wurde die Standschützen-Kompanie Gries-Sarnthein dann auf Stützpunkte auf dem Caré Alto (3.465 m) im Adamello Massiv verlegt, wo sie bis Anfang November 1918 verblieb. Von diesem Einsatz stammt auch die im Eigentum der SK Gries befindliche Sturmflagge.

Albin Egger-Lienz – Tiroler Künstler und stolzer Grieser Stand- schütze



Albin Egger-Lienz (Mitte) bei seiner freiwilligen Einrückung am 20. Mai 1915 in Gries. Der großartige Tiroler Künstler war damals bereits 47 Jahre alt.³⁹

Der berühmte Tiroler Maler Egger-Lienz rückte im Alter von 47 Jahren freiwillig bei den Grieser Standschützen ein, um die Südfront gegen Italien verteidigen zu helfen. (Aus „600 Jahre Grieser Wehrhaftigkeit“)

Die Grieser Schützen im Faschismus

Die Zeitgeschichte mit dem Beginn des Faschismus in Italien und den Auswirkungen auf Südtirol sind in mehreren Kapiteln geschildert. In den Nachkriegsjahren konnte das Südtiroler Schützenwesen neu entstehen. Die Zeit nach der „Feuernacht“ vom 12. auf den 13. Juni 1961, in der die Attentatswelle gegen faschistische Staatssymbole und Hochspannungsleitungen losbrach, werden besonders unter der Rücksicht auf die staatliche Repression, die blinde Verfolgung, Hetze, Folterungen, Morde und Schauprozesse geschildert.

Wiedergründung der Grieser Schützen

Der Verfasser stellt die Grieser Schützen in den Rahmen der Tiroler Wehrgeschichte. Nach dem Ersten Weltkrieg gab es keine

bewaffnete Landesverteidigung mehr. Der Faschismus mit seinem schlechten Gewissen und seiner Angst vor jeder Freiheitsregung verbot jede bewaffnete Einheit. Bald verbot er das Schützenwesen und löste seine Formationen auf. Erst am 3. Jänner 1959 gelang der Grieser Schützenkompanie endgültig die Wiedergründung, gerade noch rechtzeitig wenige Jahre vor der Südtiroler „Feuernacht“, nach der die staatliche Repression unter Innenminister Scelba die Verbote seines Vorgängers Segni noch verstärkte.



Die erste Ausrückung der Grieser Schützenkompanie erfolgte voller Stolz am 10. Mai 1959 mit 30 Mann und Marketenderinnen und einer Fahne in Meran. Diese Fahne wurde durch die SK Karneid leihweise zur Verfügung gestellt, da die erste eigene Fahne erst am 4. Oktober 1959 fertiggestellt und in Meran geweiht werden konnte. Die restlichen 7 Fahnen der SK Gries waren aufgrund der Unsicherheit der Zeit noch in sicheren Verstecken verwahrt.⁸

Aus „600 Jahre Grieser Wehrhaftigkeit“

Dank an den Verfasser

Das Werk ist bestens recherchiert. Der Verfasser forschte in den Archiven in Wien, Innsbruck und Bozen. Er hat Dokumente gefunden und aufgearbeitet, die bis heute kein anderer Forscher für die Tiroler Geschichte in den Blick genommen hat. Das Wiener Staatsarchiv, dessen Bestand alle Zeitläufte

überstanden hat, war eine unerschöpfliche Fundgrube. Vier Jahrhunderte sind die Grieser Schützen als Teil des Landesaufgebotes zur Verteidigung Tirols ins Feld gerückt und haben sich als Landesverteidiger verdient gemacht.

Dem Verfasser Neubauer ist zu danken für dieses exemplarische Werk mit seiner klaren historischen Darstellung des Tiroler Verteidigungsverständnisses, das seinesgleichen im europäischen Mittelalter sucht. Das Landlibell ist eine europäische Einzigartigkeit auf demokratischer Grundlage, wie man heute oft sagt. Der Begriff „Demokratie“ war damals sprachlich noch nicht geboren. In der Sache war er aber schon im Tiroler Selbstverständnis vorhanden. Die Schweizer Eidgenossenschaft hatte sich in der Schlacht von Sempach am 9. Juli 1386 dem habsburgischen Ritterheer entgegengestellt. Das Ende der habsburgischen Herrschaft nahte. Die Schweiz entstand nach und nach als demokratisches Staatswesen. Tirol und die Eidgenossenschaft wurden aber nicht zu Freunden. Sie sind aber europäische Beispiele des wehrhaften Freiheitswillens.



Werner Neubauer, der Südtirol zu seiner zweiten Heimat erwählt hat, ist Mitglied der Schützenkompanie Gries.

Dem Verfasser **Werner Neubauer BA MA** ist ein herausragendes Werk über die Tiroler Landesverteidigung mit besonderer Berücksichtigung der Grieser Schützen zu danken. Der Verfasser ist Kunsthistoriker, doch ebenso fundierter Historiker mit reicher politischer Erfahrung als ehemaliger Abgeordneter zum Nationalrat und Südtirolsprecher seiner Partei, der FPÖ. **Es war sein Verdienst, dass das Koalitionsprogramm der ÖVP-FPÖ-Regierung 2017 die Verpflichtung einging, den Südtirolern die Wiederverleihung der österreichischen Staatsbürgerschaft anzubieten.** Es kam nicht mehr dazu, weil die Koalition wegen der politischen Turbulenzen nach einem illegal aufgenommenen und fingierten Interview von Parteiboss Strache in Ibiza zerbrach. Eine beispiellose linke Medienhetze, die sich moralisch aufplusterte, sorgte für das Zerschlagen der Regierung. Damit konnte Innenminister Kickl sein Vorhaben eines Gesetzes zur Wiederverleihung der österreichischen Staatsbürgerschaft an Südtiroler nicht mehr in Angriff nehmen.

Werner Neubauer ist ein Beispiel eines engagierten Politikers und Fachmannes mit besonderen Verdiensten für Südtirol als Teil des österreichischen Vaterlandes.

Vor 660 Jahren wurde Tirol mit Österreich vereint

Das Wappen Tirols (Bild vom Altar des Schlosses Tirol um 1370).

Nachstehende Pressemitteilung hat der von ehemaligen politischen Häftlingen gegründete „Südtiroler Heimatbund“ (SHB), der für die Selbstbestimmung Südtirols eintritt, an die Medien versandt. Die Internetplattformen „Unser Tirol 24“ und „Südtirol-News“ haben diese Mitteilung auch veröffentlicht.

Um 1250 hatte Graf Albert von Tirol das Land zu einer Einheit zusammengeschlossen. Seine Stammburg Tirol gab dem Land den Namen und sein Wappen. Der rote Adler in den Farben des Reiches wurde das Wappen Tirols.



Margarethe Maultasch
(zeitgenössischer Stich)

Die spätere Erbin Margarethe Maultasch war kaum regierungsfähig und so huldigten die versammelten Stände Tirols am 11. September 1363 dem Herzog Rudolf von Österreich als Landesherrn. Margarethe Maultasch dankte feierlich ab und reiste nach Wien, wo sie bis zu ihrem Tode lebte.



Herzog Rudolf von
Österreich
(zeitgenössischer Stich)

Am 29. September 1363 wurde die Übergabeurkunde ausgestellt, an welcher die Siegel von Margarethe Maultasch und von 14 Tiroler Landesherren hängen. Damit ging die Grafschaft Tirol auf das Haus Habsburg über. Diese Urkunde befindet sich heute im Haus-, Hof- und Staatsarchiv in Wien.



Die Übergabeurkunde vom 29. September 1363 (Haus-, Hof- und Staatsarchiv Wien)

Am 29. September 1963 gedachte das Volk von Tirol in Innsbruck dieses bedeutenden Ereignisses mit der Enthüllung eines Gedenksteines und mit würdigen Feiern. Der Landeshauptmann von Nordtirol, Eduard Wallnöfer, erklärte in seiner Festrede: „Auf diese festliche Stunde fallen schwere Schatten: Nicht dem ganzen Tiroler Volk wurde nach 1918 die freie Entscheidung seiner Zukunft gegönnt. Entgegen der feierlich proklamierten Selbstbestimmung wurde der Süden des Landes durch die Siegermächte wider das Recht und wider die Geschichte gewaltsam abgetrennt und dem Nationalstaat Italien zwangsweise eingegliedert. Wir alle kennen den Leidensweg, den das Südtiroler Volk in den zwanziger und dreißiger Jahren, insbesondere unter der faschistischen Herrschaft, gehen musste.“

An den Feiern und an dem Festzug in Innsbruck nahmen mehr als 30.000 Menschen teil, die wie die ÖVP-Zeitung „Volksblatt“ meldete, immer wieder in den Ruf **“Freiheit für Südtirol”** ausbrachen.

Auch heute bekennen wir, dass wir den Tag herbeisehnen, an dem das ganze Tirol wieder mit Österreich vereint sein wird.



Roland Lang

Obmann des Südtiroler Heimatbundes SHB

Die nicht abgesicherte Autonomie und das Versagen führender Politiker

Bild Durnwalder: Von [Quirinale.it](https://www.quirinale.it), Attribution, [Link](#); Bild Kompatscher: By Foto: Dragan Tatic, BM für Europa, Integration und Äußeres, [CC BY 2.0](#), [Link](#); Bildcollage: SID

Ein erhellendes Gutachten

Dass das von Seiten einiger interessierter Parteipolitiker gerne als „weltbeste Autonomie“ gepriesene Südtiroler Autonomiestatut von 1972 in Wahrheit international-rechtlich

nicht abgesichert ist, wissen Fachleute seit langem.



Univ. Prof. Dr.
Franz Matscher

Bereits im Jahre 1992 hatte der international renommierte Salzburger Autonomiefachmann **Univ. Prof. DDr. Franz Matscher** in einem von der österreichischen Bundesregierung in Auftrag gegebenen Gutachten eine vernichtende Beurteilung der von ÖVP und SVP gepriesenen angeblichen „internationalen Verankerung“ der Südtirol-Autonomie getroffen.

Er hatte in sehr klaren Worten warnend festgestellt, dass mangels rechtlicher Absicherung nur in einigen wenigen Fällen von Autonomieverletzungen eine Klage vor dem Internationalen Gerichtshof (IGH) erfolgreich sein könnte. Diese Warnung wurde von der Bundesregierung schlicht ignoriert.

Österreich scheut bis heute den Gang zu dem IGH

Nach der 1992 abgegebenen österreichischen Streitbeilegungserklärungen setzten umgehend und bis heute fortlaufend die italienischen Autonomieaushöhlungen ein.

Bis heute scheut die österreichische Bundesregierung den Gang zum Internationalen Gerichtshof (IGH). Die Gefahr, eine solche

Klage formalrechtlich zu verlieren, ist zu groß. **Eine österreichische Niederlage vor dem IGH würde weiteren italienischen Eingriffen erst richtig Tür und Tor öffnen und der Öffentlichkeit zeigen, wie es um die „Schutzmachtrolle“ Österreichs in Bezug auf die Autonomie in Wahrheit bestellt ist.**

Damit erklärt sich, weshalb Südtirol bei allen bisherigen Autonomie-Aushöhlungen von Österreich allein gelassen wurde und bis heute darauf angewiesen ist, in endlosem Kuhhandel durch Gegengeschäfte und gefällige Abstimmungen im römischen Parlament zu versuchen, jeweils zu retten, was zu retten ist.

Eine erschütternde Dokumentation

Im Jahre 2020 hatte der Jurist **Dr. Matthias Haller** in seiner rechtswissenschaftlichen Doktorarbeit dargelegt, **dass rund die Hälfte aller Kompetenzbereiche der Südtiroler Autonomie bereits ausgehöhlt ist.** (*Mattias Haller: „Südtirols Minderheitenschutzsystem Grundlagen, Entwicklungen und aktuelle Herausforderungen aus völker- und verfassungsrechtlicher Sicht“, Rechtswissenschaftliche Fakultät der Universität Innsbruck 2020*)

„Heute weniger Kompetenzen als 1992“

AUSZEICHNUNG: Matthias Haller erhält für seine Dissertation über die Südtirol-Autonomie den ersten Silvius-Magnago-Preis der gleichnamigen Akademie

BOZEN (ih). „Südtirol hat heute weniger Kompetenzen als 1992“: Mit dieser Erkenntnis lässt die Dissertation des Juristen Matthias Haller aus Sterzing aufhorchen. Für seine wissenschaftliche Arbeit zum Südtiroler Minderheitenschutzsystem hat er gestern – coronabedingt mit 2-jähriger Verspätung – von der Silvius-Magnago-Akademie den ersten Silvius-Magnago-Preis für wissenschaftliche Forschungsarbeiten über die Südtirol-Autonomie erhalten. „Bei rund der Hälfte aller Kompetenzbereiche erreicht Südtirol nicht mehr das Niveau von 1992“;



Preisträger Matthias Haller (links) mit dem Vorsitzenden der Silvius-Magnago-Akademie, Prof. Walter Obwexer (Mitte), und dem Geschäftsführer Ulrich Mayer (rechts).

ANDREAS KEMENATER

Aus Dolomiten“ vom 15. April 2022.

Für diese Arbeit erhielt Haller 2022 von der Silvius-Magnago-Akademie in Bozen den ersten Silvius-Magnago-Preis für wissenschaftliche Forschungsarbeiten über die Südtirol-Autonomie.

Kompatschers Jubelveranstaltung in Bozen

Die politischen Jubler in Wien und Bozen beeindruckte diese Dokumentation in keiner Weise und veranlasste sie zu keinen politischen Schritten gegenüber Rom.

Ganz im Gegenteil: Am 11. Juni 2022 fand im Bozner Stadttheater eine offizielle Jubelveranstaltung unter dem Titel „**30 Jahre Streitbeilegung vor den Vereinten Nationen – Südtirols Autonomie als gemeinsame Verantwortung**“ statt.

Dort schwangen Südtirols Landeshauptmann Arno Kompatscher (SVP), der österreichische Außenminister Alexander Schallenberg (ÖVP) und der italienische Außenminister Luigi di Maio salbungsvolle Reden.

Südtirol – ein Vorbild für die Welt



Aus: „Dolomiten“ vom 13. Juni 2022

Landeshauptmann Kompatscher erklärte Südtirol-Autonomie zu einem „**Vorzeigemodell**“ und forderte in seltsamem Widerspruch dazu, dass man die verloren gegangenen Kompetenzen wieder herstellen müsse.

Außenminister Schallenberg erklärte, dass in Südtirol eine „**Win-win-Situation**“ auf einem einvernehmlichen bilateralen Weg geschaffen worden sei.

Außenminister Di Maio erklärte, dass Österreich und Italien eine **tiefe Freundschaft** verbinde.

Südtiroler Adler: Wo fliegst du hin?

Der bekannte Südtiroler Toponomastik-Experte und Sprachhistoriker Cristian Kollmann hat uns über die derzeitige Situation in Südtirol nachstehenden aufschlussreichen Bericht zur Verfügung gestellt:



Zerrissen die Fahne zerstückelt das Land,
Die Heimat ein Opfer der Schergen!-
Doch lodert die Freiheit im Sonnenbrand

Auf unseren ewigen Bergen,
Bis klirrend der Knechtschaft Fessel reißt
Und der Adler sein altes Tirol umkreist.

Dr. Willram

Historische Postkarte aus den 1920er Jahren



Am 22. September 2023 stehen in Südtirol Landtagswahlen an. Seit 2013 steht diesem Tiroler Landesteil, der seit 1920 zu Italien gehört, **Arno Kompatscher** als Landeshauptmann vor. Obwohl er zu Anfang gelobte, dieses Amt nur für zwei Legislaturperioden und somit für insgesamt zehn Jahre bekleiden zu wollen, will Kompatscher es nun dennoch erneut wissen. Wird er auch diesmal Erfolg haben? Wohin soll die Reise gehen?

Eine Analyse von Cristian Kollmann

Arno ist eigentlich ein perfekter Name für Südtirol, denn Arno stammt aus dem Althochdeutschen und bedeutet 'Adler'. Doch wie war die Flugroute dieses „Arno“ während seiner zehnjährigen Regentschaft? Nun, ihm ist es durchaus gelungen, dem Land seinen persönlichen Anstrich zu verpassen:

- **Südtirol ist ein weiteres Stück italienischer geworden.**
- **Der Faschismus ist staatstragender und SVP-tauglicher geworden.**
- **Der Ausländeranteil ist weiter angestiegen, ebenso die Ausländerkriminalität.**
- **Die Südtiroler Volkspartei bekämpft nicht nur, so wie bereits in der Vergangenheit, die Selbstbestimmung für Südtirol, sondern trägt mittlerweile auch selbst zur Aushöhlung und zum Abbau der Autonomie bei.**

Die genannten Beispiele für die Fehlpolitik der SVP, besonders auf dem wichtigen Gebiet der Volkstumspolitik, sind nur einige

von vielen. Weitere folgen unten. Aber was ist eigentlich der Grund für diese romgefällige und Südtirol-feindliche Politik?

Seit dem Ende des 2. Weltkrieges ist die Südtiroler Volkspartei, die 1946 gegründet wurde und zu deren Gründungsziel die Selbstbestimmung für Südtirol gehörte, ununterbrochen an der Macht.

P r o g r a m m :

- 1. Nach 25jähriger Unterdrückung durch Faschismus und Nationalsozialismus den kulturellen, sprachlichen und wirtschaftlichen Rechten der Südtiroler auf Grund demokratischer Grundsätze Geltung zu verschaffen.**
- 2. Zur Ruhe und Ordnung im Lande beizutragen.**
- 3. Seine Vertreter zu ermächtigen — unter Ausschluß aller illegalen Methoden — den Anspruch des Südtiroler Volkes auf Ausübung des Selbstbestimmungsrechtes bei den alliierten Mächten zu vertreten.**

In ihrem Programm vom 12. Mai 1945 hatte sich die „Südtiroler Volkspartei“ (SVP) eindeutig zu dem Recht auf Selbstbestimmung bekannt. (Aus: „Volksbote“, Bozen 15. November 1945). In ihrem Grundsatzprogramm vom 2. Dezember 1972 hatte die Landesversammlung der SVP noch bekräftigt: „Das in der UNO-Charta verankerte Recht auf Selbstbestimmung bleibt unverzichtbar.“ In der Folge sollten jedoch die führenden Politiker der SVP immer mehr von dieser Position abrücken.

Bis heute begreift sich die SVP als Sammelpartei, die die Südtiroler Interessen vertritt. Doch in Wahrheit sind es die Interessen der eigenen Partei und der eigenen Personen. **Die Selbstbestimmung für Südtirol hat die SVP schon längst durch die Selbstbedienung für sich selbst ausgetauscht.** Dies war schon unter Kompatschers Vorgänger, **Luis Durnwalder**, so.

Jene, die dachten, nach Durnwalder könne es nicht schlimmer kommen, wurden mit Kompatscher eines Besseren belehrt. Wobei sich bereits Durnwalders Verdienste im kultur- und bildungspolitischen Bereich durchaus sehen lassen können:

- Durnwalder war es, der 2003 den Italienischunterricht in

den deutschen Volksschulen von der zweiten auf die erste Klasse vorverlegte, was klar im Widerspruch zum Autonomiestatut stand.

- Durnwalder war es, der 2008 einen Faschisten zum Landtagspräsidenten wählen ließ.
- Durnwalder war es, der im Jahr 2012 das Toponomastikgesetz beschließen ließ, das die faschistischen Ortsnamendekrete retten sollte.
- Ebenso Durnwalder war es, der Ende der 1990er Jahre die Freie Universität Bozen-Brixen und die Eurac (Europäische Akademie) gründete. Nach mittlerweile einem Viertel Jahrhundert sind beide Institutionen zu Italianisierungsvereinen verkommen, in denen die deutsche Sprache sowie jegliche Forschung, die für eine deutsche Minderheit förderlich sind, deutlich zu kurz kommen.



Luis Durnwalder trat als Ehrenmitglied des Schützenbezirkes Brixen gerne in Schützentracht auf

Schützenveranstaltungen auf
und bekannte sich zu dem
„Vaterland Österreich“.

Und dennoch: Von vielen Südtirolern wird Luis Durnwalder, vielleicht mehr als noch während seiner Amtszeit, zu einem Mann, der ein Machtwort sprach, verklärt. Es stimmt: Ab und zu brachte Durnwalder tatsächlich den Mut auf, an die Adresse Roms markante Worte zu richten, doch vieles war auch nur Show.

Nur ein Beispiel: Trotz gegenteiliger Ankündigung hat es Durnwalder nicht einmal erreicht, dass das Mussolini-Relief am Bozner Finanzgebäude entfernt wird – von den faschistischen Ortsnamen ganz zu schweigen, an denen Durnwalder ausdrücklich festhalten wollte.



Nach wie vor reitet der „Duce“ auf der Stirnseite des

Finanzamtes in Bozen und grüßt feiernde Alpini mit dem faschistischen „saluto romano“. Eine Inschrift verkündet sein Motto: „glauben, gehorchen, kämpfen“ – natürlich für den Faschismus.

Und was hat Durnwalders Nachfolger, **Arno Kompatscher**, eigentlich erreicht?

Arno Kompatscher soll einmal öffentlich verraten haben, dass er als junger Wähler einmal den Grünen seine Stimme gab. Es gibt keinen Grund, an dieser Aussage zu zweifeln, denn Kompatscher hat immer wieder gezeigt, dass sein Herz grün schlägt.

Grün heißt in Südtirol italophil, antitirolerisch, profaschistisch und damit kaum unterscheidbar von den anderen italienischen Parteien in Südtirol – egal, ob sich diese selbst links, in der Mitte oder rechts verorten.



Der einst „grüne“ Arno Kompatscher zeigt gerne seine Verbundenheit mit den Alpini, wenn diese in Bozen den einstigen „Sieg“ über Österreich und die Gewinnung der Brennergrenze feiern. Hier ist er auf einer Alpini-Versammlung des Jahres 2022 zu sehen.

Die grüne volkstumpolitische Einstellung zieht sich wie ein

roter Faden durch Kompatschers Politik. Nachfolgend einige Beispiele:

- Unter Kompatschers Amtszeit, besonders unter der aktuellen, sind **gemischtsprachige Schulexperimente**, die natürlich auf Kosten des Deutschunterrichts gehen, wie Pilze aus dem Boden geschossen.
- Die **Verletzung der Zweisprachigkeitspflicht auf Kosten des Deutschen** insbesondere durch staatliche, aber auch durch Landesbehörden ist unter Kompatscher zur Alltagssituation geworden; und wenn Bürger sich beschweren, wenn sie gezwungen werden, auf Italienisch zu kommunizieren, werden sie nicht selten verhöhnt.
- Die **Anstellung von Ärzten oder sonstigen Beamten in der Landesverwaltung, ohne dass diese über Deutschkenntnisse verfügen müssen**, geschieht nun ganz offiziell auf der Grundlage von Beschlüssen der Landesregierung.
- Der **amtlichen Zulassung von „Sudtirolo“ als italienische Bezeichnung für Südtirol** hat Kompatscher klar eine **Absage erteilt**. Selbst von „Sudtirolo“ zumindest als alternative Bezeichnung zum faschistischen Begriff „Alto Adige“ wollte Kompatscher nichts wissen.
- Unter Durnwalder sprach sich der Südtiroler Landtag mit einem Beschluss gegen die Verwendung der faschistischen Hüttennamen und gegen das Hissen der Trikolore aus. Über diesen Beschluss setzt sich Kompatscher einfach hinweg, denn die faschistischen Hüttennamen und das Hissen der Trikolore vor den Hütten sind für ihn eine Selbstverständlichkeit.
- Arno Kompatscher hat **sämtliche Bemühungen um die österreichische Staatsbürgerschaft für die Südtiroler boykottiert**. Parteiintern standen jedoch nicht alle auf seiner Seite. Einer von ihnen ist Thomas Widmann, von dem weiter unten noch die Rede sein wird.
- Der **Südtirol-Konvent bleibt ein Rohrkrepierer, da er nicht jenes Ergebnis erbracht hat, was sich Kompatscher gewünscht hatte**. Bei den 2016 stattgefundenen

Bürgergesprächen zur Überarbeitung der Autonomie hatten sich nämlich mehrheitlich Patrioten beteiligt, weshalb der Schlussbericht klar die Forderung nach einer Verbesserung (deutliches Bekenntnis zur muttersprachlichen Schule und zum ethnischen Proporz) und nicht Verwässerung (genau das Gegenteil davon) der Autonomie beinhaltete.



Der Autonomiekonvent hatte ein umfangreiches Programm für die Wiederherstellung der Südtirol-Autonomie erarbeitet und dieses dem Südtiroler Landtag überreicht. Die Umsetzung dieses Programmes hätte zur Folge gehabt, dass Landeshauptmann Kompatscher gegenüber Rom hätte energisch auftreten müssen. Das kam nicht in

Frage. Das Programm wurde still und leise beerdigt.

Die Erfolgsbilanz Kompatschers in jenen Bereichen, die nicht unmittelbar die Volkstumspolitik betreffen, ist nicht minder miserabel:

- 2016 fand in ganz Italien ein **Referendum über eine Verfassungsreform statt, die den Staat zentralistischer machen sollte**. Beschämenderweise fanden die Befürworter dieser Verfassungsreform nur eine **Mehrheit in Südtirol, wo die SVP ordentlich dafür geworben hatte**, der Toskana, das ist die Heimat des damaligen Regierungschefs und Kompatscherfreundes Matteo Renzi, sowie in der Emilia-Romagna. **Ironie der Geschichte: Die Südtiroler mussten sich bei den Italienern für ihr mehrheitliches Nein bei diesem Referendum bedanken, denn wäre es erfolgreich gewesen, hätte Südtirol in Rom noch weniger Mitspracherecht bekommen.**
- Mit dem **Finanzabkommen zwischen Südtirol und Italien** hat Kompatscher Südtirol dazu verpflichtet, sich **am Schuldenabbau Italiens zu beteiligen** und auf einen Teil des Geldes, das Südtirol laut Autonomiestatut zustehen würde, zu verzichten.
- Die **italienische Post bleibt, trotz Förderung durch Südtiroler Landesgelder in Millionenhöhe, eine Schneckenpost**. Sie benötigt Wochen, um einen Brief innerhalb Südtirols zuzusenden und hat dafür europaweit die höchsten Tarife.
- Entgegen der Ankündigung vor der letzten Landtagswahl, den Südtiroler Strom heimzuholen, **spricht sich Kompatscher gegen eine Südtiroler Regulierungsbehörde für die Strompreise aus. Deshalb muss Südtirol, wie in der Vergangenheit, seinen selbst produzierten Strom nach Italien abgeben um ihn dann für teures Geld zurückzukaufen.**

Die aufgelisteten Fehlleistungen Kompatschers, die nur eine Auswahl darstellen, zeigen sehr deutlich, wohin sich die SVP und Südtirol in den letzten zehn Jahren entwickelt haben. Mehr denn je ist der Blick der Partei nach Rom gerichtet, mehr denn je auf sich selbst, weniger denn je auf Österreich, weniger denn je auf Tirol und Südtirol.

Da nun in Rom die faschistische Partei „Fratelli d’Italia“ an der Macht ist, erwägt die Südtiroler Volkspartei nun auch offen eine Koalition mit dieser Partei auf Landesebene.



Im August 2022 tauchte im Internet ein Video auf, in welchem Giorgia Meloni, die jetzige italienische Ministerpräsidentin, einem französischen Fernsehsender gegenüber erklärt hatte: „Ich denke, dass Mussolini ein guter Politiker war. Alles, was er gemacht hat, hat er für Italien gemacht. Es gab keine anderen Politiker wie ihn in den letzten 50 Jahren.“ In einem anderen Video hatte Giorgia Meloni auch gefordert, „dass die Südtiroler nach Österreich auswandern sollen, wenn ihnen die italienische Trikolore nicht passt“.



Im Sommer 2022 lieferte die neofaschistische Partei der Ministerpräsidentin Giorgia Meloni, „Fratelli d’Italia“ („Brüder Italiens“), in Südtirol ein schönes Beispiel ihrer Gesinnung, indem im ganzen Land die Aufschriften „Südtirol“ mit Tricolore-Fahnen überhängt wurden.

Dies würde dann freilich einen weiteren Tabubruch in der Volkstumspolitik der SVP bedeuten, aber er wäre nicht überraschend, denn wenn es um die Macht geht, wird auch die ärgste Faschistin plötzlich zur Freundin Südtirols oder, wohl besser, des „Alto Adige“.

Es ist daher nicht auszuschließen, dass es tatsächlich so kommen wird: Arno Kompatscher wird im Herbst zum 3. Mal zum Landeshauptmann von Südtirol gewählt und sein Kabinett besteht aus „Südtiroler Volkspartei“, „Fratelli d’Italia“ und vielleicht auch „Lega“, die bereits der Koalition angehört.

Doch es kann auch anders kommen. Die kommende Landtagswahl hat nämlich ein Novum zu bieten: Zum ersten Mal in ihrer Geschichte bekommt die Südtiroler Volkspartei Konkurrenz durch einen ranghohen Vertreter aus den eigenen Reihen. Thomas Widmann, einstiger Landesrat für Gesundheit, hat mit Arno

Kompatscher gebrochen, weniger aus politischen, sondern wohl mehr aus persönlichen Gründen. Mit seiner Partei „Mit Widmann für Südtirol“ hat sich Thomas Widmann offenbar zum Ziel gesetzt, Arno Kompatscher zu stürzen.



Der ehemalige SVP-Politiker und Landesrat Thomas Widmann kandidiert auf eigener Liste. (Bild: UT24)

Ob und vor allem wie ihm das gelingen wird, ist ungewiss. Politisch unterscheidet sich Widmann von Kompatscher dadurch, dass er dem noch einigermaßen patriotisch gebliebenen Lager zuzuschreiben ist und nicht bei jeder Vorgabe, die von Rom kommt, manchmal auch noch vorausseilend, mitmacht.

Daher ist es gut möglich, dass ein Teil der SVP-Wähler in Widmann die bessere Alternative sieht und ihm tatsächlich das Vertrauen schenkt. Weitere Stimmen könnte Widmann von jenen bekommen, die bei der letzten Landtagswahl die damals neu gegründete, doch indes für sie entzauberte Partei Team K wählten. Doch ob sich für Widmann ausreichend Mandate der insgesamt 35 Mandate ausgehen werden und wie viele der derzeit 15 Mandate die SVP verlieren wird, wird sich zeigen.

Hinzukommt, dass bei den kleineren Parteien auf deutscher Seite neben den Südtiroler Freiheitlichen und der Süd-Tiroler Freiheit bei dieser Landtagswahl gleich drei weitere Parteien neu dabei sind. Alle drei sind aus der Protestbewegung gegen die Covid-Politik der Südtiroler Landesregierung hervorgegangen, und entsprechend ist ihr Hauptziel die Einmahnung der Grund- und Freiheitsrechte sowie die Aufarbeitung der Corona-Maßnahmen (Impfschäden, Suspendierungen).



Die wahlwerbende „Süd-Tiroler Freiheit“ (STF) hat eine klare Linie, welche sie der Öffentlichkeit schon vielfach in unmissverständlicher Weise vermittelt hat.

Die Gruppe der Corona-Maßnahmen-Kritiker ist allerdings eine unbekannte Größe. Widmanns Partei darf sich von dieser sicher keine Stimme erhoffen, denn alle Maßnahmen hat er im Gleichschritt mit Arno Kompatscher und dies in der „Eins-zu-Eins-Umsetzung der römischen Vorgaben beschlossen. Mitgetragen wurden diese Maßnahmen auch von den interethnischen Parteien, d.h. den „Grünen“ und dem „Team K“, während die deutschen Oppositionsparteien, manchmal mehr, manchmal weniger, Kritik übten. Für manche Sympathisanten des deutsch-patriotischen Lagers waren die Reaktionen ihrer Parteien, zumindest am Anfang, zu zögerlich und wandten sich daher von ihnen ab. Es könnte passieren, dass aus diesem Grund diesen Parteien ein Teil ihrer Wähler abhandenkommt und dass diese aus Enttäuschung, Protest oder Überzeugung eine der drei sogenannten „No-Vax“-Parteien wählen. Ob und welche von ihnen es schafft, ein oder sogar mehrere Mandate zu erringen und ob dies ein Gewinn oder ein Schaden für das patriotische Lager sein wird, wird sich zeigen. Aus patriotischer Sicht mag es bedauerlich sein, dass es nicht gelungen ist, gemeinsam zu marschieren, denn der Kampf für die Selbstbestimmung ist selbstverständlich gleichzeitig auch der Kampf für die Freiheits- und Grundrechte.



Thomas Widmann. (Bild: UT24)

Thomas Widmann hat mit Letzterem jedenfalls nichts am Hut. Das hat er als Gesundheitslandesrat deutlich gezeigt, und diesbezüglich wird er sich wohl auch nicht ändern. **Dennoch wäre Widmann für Südtirol der bessere Landeshauptmann. Ihm könnte es vielleicht gelingen, dass auch die SVP ihre romgefällige Politik zumindest in Teilen hinterfragt. Und sollte er tatsächlich das Sagen haben, und sollte es in Österreich zu einer Regierung mit einem Volkskanzler Kickl kommen, wäre zumindest die österreichische Staatsbürgerschaft für die Südtiroler wieder ein Thema.**

Ob der Südtiroler Adler dann wieder öfter in Richtung Vaterland fliegen wird?



Tiroler Schützenscheibe

100 Jahre Unrecht – Planung der Entnationalisierung Südtirols

Dieser Tage erinnerten der „Südtiroler Schützenbund“ und der „Südtiroler Heimatbund“ mit Aufsehen erregenden Protest-Plakataktionen an ein besonderes Jubiläum in Südtirol: **Vor 100 Jahren wurde das faschistische Entnationalisierungsprogramm für Südtirol beschlossen, der Name „Tirol“ wurde verboten und die Einführung erfundener italienischen Orts- und Flurnamen begann.** Diese sind bis heute die amtlich gültigen Orts- und Flurnamen in Südtirol.

VERBOT DES NAMENS TIROL VOR 100 JAHREN: Schützenbund fordert Abschaffung des Namens „Alto Adige“

ANDREAS KEMENATER

Für Landeskommandant pi „ist heute die Democ Europa stark genug, u den Faschismus aufzusto Südtirol und in Italia nicht“. Die faschistische schungen seien der Eu on Tirol nicht zuträgli Adige ist eine Fälschung schistischen Verbrechen bleibt ein Unrecht“, kritisi pi. „Unrecht hat kein V tum.“ In Südtirol grüschismus von allen (dem. Der Schützenbu nicht nur „an diese bei

<https://schuetzen.com/2023/03/25/landesweite-aktion-eine-kulturation-faelischt-namen/>

Öffnungszeiten 📞 +39 0471 974 078 Mein Konto 🏠

Südtiroler Schützenbund

AKTUELLES ZEITUNG TERMINE KATALOG ORGANISATION KONTAKT

f i t y v o s u

**EINE KULTURATION
FÄLSCHT NAMEN!**

Landesweite Aktion: Eine Kulturation fälscht Namen!

🕒 vor 4 Stunden 🗉 Allgemein, Arbeitsgruppen, Presse, Schlagzeilen, SOKO Tofort Alta Adige



Heimatbund: Aktion „100 Jahre Kulturverbrechen“

BOZEN. Nicht nur Südtirols Schützenbund (siehe nebenstehender Bericht), sondern auch der Heimatbund erinnert dieser Tage mit einer landesweiten Plakataktion an den Tag vor 100 Jahren, an dem die Bezeichnungen „Tirol“ und sämtliche Ableitungen verboten wurden. Laut Obmann Roland Lang sei der Begriff „Alto Adige“, der damals als einziger erlaubt war und auf dem Plakat (Bild) abgebildet ist, ein „Kulturverbrechen, das es endlich zu beseitigen gilt“.

Links: Plakat der Schützen mit dem Namen „Tirol – Tirolo“. Rechts: „Plakat des Südtiroler Heimatbundes“ (SHB) – Protest gegen den aufgezwungenen Namen „Alto Adige“ für Südtirol (Aus: „Dolomiten“ vom 9. August 2023).

Rückblick in die Geschichte:

Die Entnationalisierungs-Planung hatte bereits vor der Machtergreifung des Faschismus begonnen



Der faschistische Senator
Ettore Tolomei.

Der italienische Journalist Ettore Tolomei war ab 1890 Herausgeber der italienischen Zeitschrift „La Nazione Italiana“. Er forderte die Einverleibung Südtirols in das Königreich Italien und begann 1901 mit der „Übersetzung“ deutscher und ladinischer Ortsnamen in das Italienische, um so die „Italianität“ Südtirols zu untermauern.

1906 gründete er die Zeitschrift „Archivio per l'Alto Adige“, in der er die Wasserscheide am Brenner als Grenze zwischen Italien und Österreich einforderte.

Nach dem Kriegseintritt Italiens wurde er 1916 von dem **italienischen Generalstab offiziell mit der Erstellung eines italienischen Ortsnamensregisters für Südtirol („*Prontuario dei nomi locali dell'Alto Adige*“)** betraut. In Rekordzeit wurden tausende Südtiroler Orts- und Flurbezeichnungen italianisiert. Tolomei hängte vielfach an deutsche Namen einfach ein „a“ oder „o“ an. Zum Großteil erfand er aber einfach italienisch klingende Namen. Er und die faschistische Staatsführung hatten später die Stirn, dies als „wissenschaftliche Leistung“ zu bezeichnen.

Fortführung und Ausfeilung des Programms unter dem Faschismus

Nach der Machtergreifung des Faschismus hielt der mittlerweile von dem „Duce“ Benito Mussolini zum Senator ernannte Ettore Tolomei am 15. Juli 1923 im Stadttheater in Bozen eine Rede und stellte sein 32 Punkte umfassendes Programm zur Entnationalisierung Südtirols – „Provvedimenti per l'Alto Adige“ – vor.

Die volle Bezeichnung des am 12. März 1923 von dem „Großrat des Faschismus“ genehmigten Programmes lautete: *„Provvedimenti per l'Alto Adige, intesi ad una azione ordinata, pronta ed efficace di assimilazione italiana“*. Ins Deutsche übersetzt: *„Maßnahmen für das Hochetsch zum Zwecke einer geordneten, schnellen und wirksamen italienischen Assimilierung“*.

Bezugsgebühren:
Zum Abholen monatlich
Lire 4.80.
Zustellgebühr monatlich
in Bozen 60 Centesimi,
in Gries, Renich, Bozner-
boden 80 Centesimi.
Per Post im Inland
monatlich Lire 5.30, ins
Ausland Lire 9.80.
Die fortlaufende Annahme
des Blattes gilt als Abon-
nementsverpflichtung.

Bozner Nachrichten

Unabhängiges Landesblatt.

Post-Konto-Korrent.
Anzeigen-Preise:
Die 42 mm breite und 3 mm
hohe Zeile Lire —.50.
Im kleinen Anzeiger die
Druckzeile 60 cent.
Schriftleitung:
Bozen, Bolkensteinstraße 2
Telephon Nr. 70.
Annoncen und Verwaltung:
Bozen, Raltierplatz Nr. 18.
Telephon Nr. 180.
Ausgabe täglich 3 Uhr
nachmittags.
Einzelnnummer 25 Cent.

Nr. 159

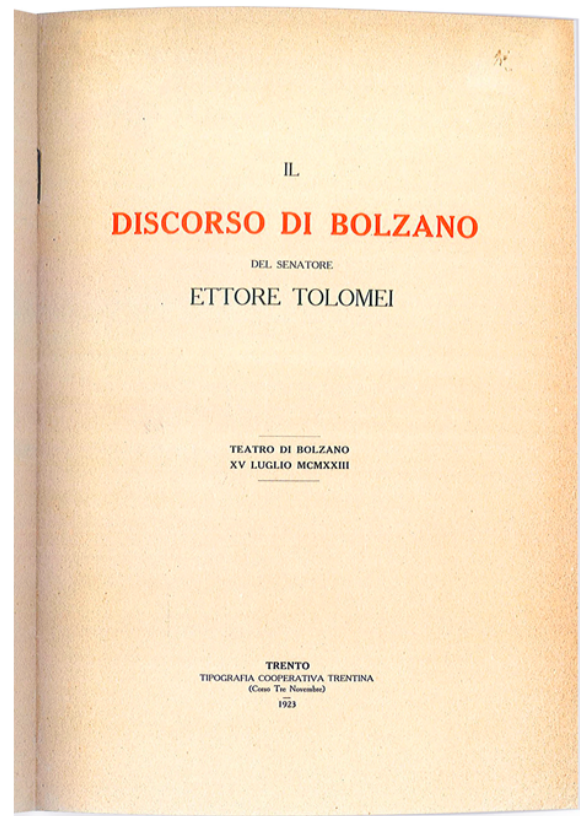
Montag, den 16. Juli 1923

31. Jahrg.

Tolomei spricht über die Entnationalisierung Südtirols.

Gestern vorm hielt Senator Tolomei im Stadttheater in Bozen eine Rede über die Entnationalisierung Südtirols. Die italienische Presse hatte für diese Programmrede bedeutende Werbetätigkeit entfaltet und auch von auswärts zur Teilnahme eingeladen. Wir suchen unsern Lesern aus dem von der Agentur Brennero ausgegebenen Wortlaut der sehr umfangreichen Rede die Hauptpunkte zu vermitteln.

„Italiener des Oberetsch! Vor einem Jahre waren noch die kleinen Schelme der Politik am Bau ihres Gebäudes eines falschen und elenden Opportunismus... bis endlich ein gewaltiger Sturm öffentlichen Abscheus zum Sturze desselben kam. Von Bozen aus ging die Oktoberbewegung. Vom Herzen des Oberetsch aus ging der Anstoß. Aus dieses alten Vulkans Tiefe brach die Eruption der Schwarzhemden. die allesstürzende Aktion von Bozen leitete die Revolution ein, die Revolution trug im Triumph die Seele des Sieges nach Rom. Das sei nie vergessen.



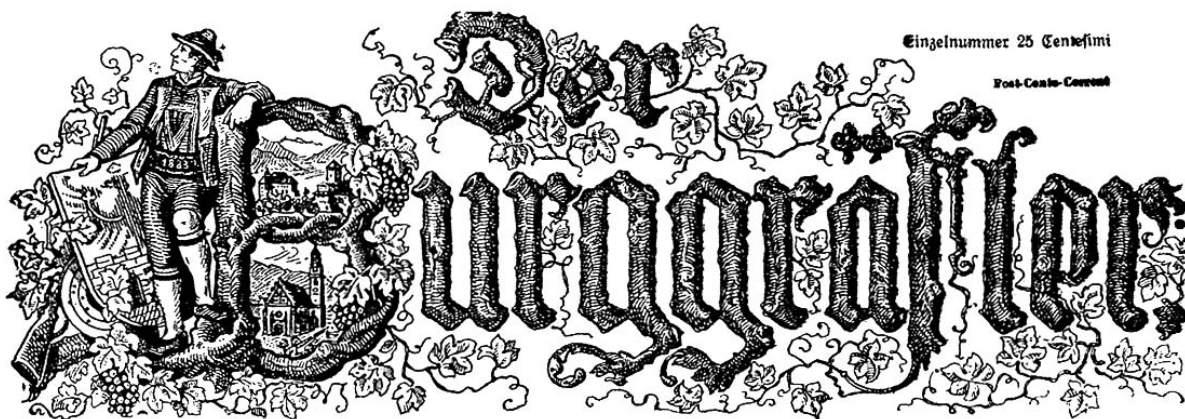
Links: Die Bozner Nachrichten berichteten am 16. Juli 1923 über seine Rede und seine Forderungen. Rechts: Die Rede Tolomeis wurde in der Folge von den Faschisten als Broschüre gedruckt und in hoher Auflage unter die Leute gebracht.

In diesen „provvedimenti“ forderte Tolomei das **Verbot des Namens Tirol**, die **Beseitigung aller deutschen Schulen**, das **Verbot der deutschen Parteien**, die **Verpflichtung zur italienischen Amtssprache** und die **Italianisierung aller Orts- und Flurnamen** bis hin zu den Namen der Berge, Täler und Wasserläufe. Letztlich forderte er auch noch die **Italianisierung aller deutschen Familiennamen**.

Was Tolomei hier forderte, war bereits zum offiziellen Regierungsprogramm geworden.

Verbot des Namens „Tirol“

Nun ging es Schlag auf Schlag. Am 7. August 1923 verbot der in Trient amtierende Präfekt Guadagnini im Auftrag der Regierung alle Bezeichnungen, in denen der Name „Tirol“ enthalten war.



Redaktion u. Verwaltung: Meran, Berglauben 62. — Telefonruf: Verwaltung und Redaktion Nr. 47.
Erscheint jeden Dienstag u. Freitag mit dem Datum des darauffolgenden Tages. — Bezugspreis: Abholen L. 3, mit Zustellung L. 3.50, Ausland L. 5 monatlich.

Nr. 91

Samstag, 11. August 1923

41. Jahrgang

Unterdrückung des Namens Südtirol.

hat einmal zu Beginn seiner Amtszeit gelegentlich eines Empfanges im Rathaus in Bozen die Presse eingeladen, wenn sie glaube, daß er Irrtümer begehe. Ihn darauf aufmerksam zu

Als subregionale Bezeichnungen sind nur gestattet **Alto Adige** für den nördlichen Teil der Provinz Trient und **Trentino**, wie man sagt, für den südlichen Teil.

Provisorisch und toleranzhalber ist der Gebrauch der Ausdrücke „Oberetsch“ und „Etschländer“ als den **Alto Adige** und **Allesino** entsprechenden Ausdrücken gestattet.

Jede andere Bezeichnung ist verboten und besonders jene wie **Südtirol**, **Deutschsüdtirol**, **Tiroler** oder andere gleichwertige oder ähnliche. Übertretungen des vorliegenden Dekretes werden nach Art. 484 des Strafgesetzbuches geahndet.

Drucksachen, Manifeste, Zeitungen, Anschriften, Aufschriften, Kundmachungen, illustrierte Karten etc., auf denen sich verbotene Bezeichnungen befinden, werden von den Funktionären und Agenten der Gerichtspolizei beschlagnahmt.

Der Quästor von Trient, der Vizepräfekt von Meran und die Unterpräfekten der Bezirke sind mit der Durchführung des vorliegenden Dekretes, das am 15. Tage nach Unterzeichnung in Kraft tritt, beauftragt.

Trient, am 7. August 1923.

Der Präfekt: gez. Guadagnini.

Aus: „Der Burggräfler“ vom 11. August 1923.

Der Tiroler

Anzeigen-Preise:
Die 70 Millimeter breite Zeile
für 120. Kleine Anzeigen: Jedes Wort
30 C. Stellengefüge jedes Wort 15 C.
Kalkül - Konto - Nummer 11/712.

Schriftleitung und Verwaltung: Bozen, Museumstraße 42. Telefon Nr. 46 und 374
Neben-Schriftleitung und Verwaltung, Meran, Rennweg 18, Telefon 270 und Brigen, Belken-
turmstraße, Telefon Nr. 10. — Erscheint täglich, ausgenommen an Sonntagen und Feiertagen.
Für die Schriftleitung verantwortlich: Peter Fischbacher, Bozen. — Notationsdruck: Buchdruckerei Tarella Bozen

Einzelpreis 25 Cent. Für das Inland
mit Post monatlich 2.50, Ausland 2.10.50
Zum Abholen monatlich 2.50. Die An-
zeigengebühr wird eigens berechnet.
Fortlaufende Annahme des Blattes ver-
pflichtet zur Zahlung der Bezugsgebühr.

Nr. 181. — 42. Jahrg.

Donnerstag, 9. August 1923.

Post-Konto-Korrent.

**Der Name Tirol muß
verschwinden.**

**Rede des deutschen Reichstanzlers.
Kein Aufgeben des passiven Widerstandes.**

Berlin, 8. August. Bei gut besetztem Saal | Lebensmittel möglichst reich zu machen. Die
und überfüllten Tribünen eröffnete Präsident | Arbeitgeber sollen bei den Lohnaufschlägen

Der Landsmann

Tagblatt der Deutschen südlich des Brenners

Erscheint täglich, mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Anzeigen-Preise: Die 70 Millimeter breite Millimeterzeile 2. L., im Text 2. 3.—. Kleine Anzeigen: Jedes Wort 30 Cent
Werbefolletto (10 Worte) 2. 2.20, ohne Adress 2. 2.70. — Stellengefüge jedes Wort 20 Cent. Anzeigenheute eigens. — Einzelpreis 30 Cent, auswärts 35 Cent, Samstags 40 Cent, ausw. 45 Cent.
Inland mit Post monatlich 2. 8.—; Abgeholt monatlich 2. 7.50. — Ausland 2. 13.—, Österreich 3 3.80. — Postfach 11/712. — Fortlaufende Annahme des Blattes verpflichtet zur Zahlung.

Nr. 243. — 26. Jahrg.

Samstag, 24. Oktober 1925

Couto corrente con la posta.

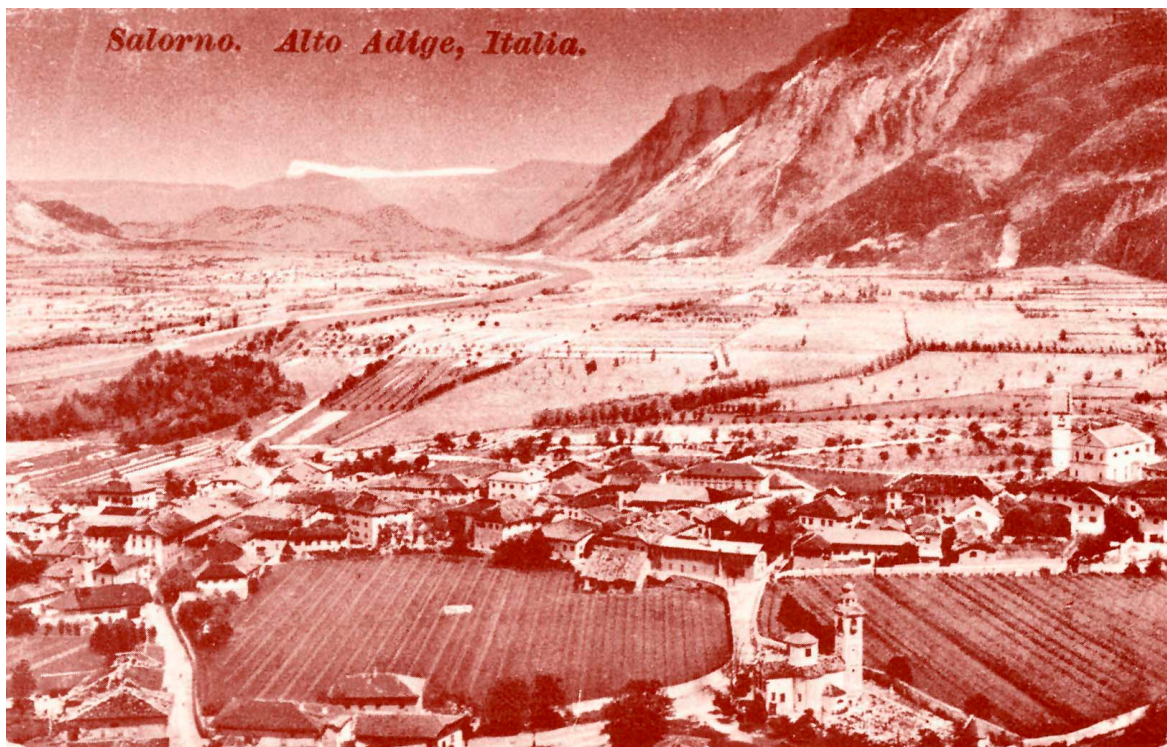
Die Zeitung „Der Tiroler“ musste ihren Namen umändern in „Der Landsmann“.

Das Ortsnamens-Fälscherwerk

Mussolini wurde Ende Oktober 1922 Ministerpräsident. Am 23. März 1923 trat das von ihm und dem König unterzeichnete Königliche Dekret Nr. 800 in Kraft, welches 222 Südtiroler Gemeinden und weiteren 66 Orte mit Postamt oder Bahnhof amtliche italienische Namen verpasste, die zum Großteil von dem Scharlatan Ettore Tolomei frei erfundenen worden waren.



Wie eine damalige Postkarte zeigt, war aus Meran „Merano“ geworden und aus Marling „Marlengo“.



Aus Salurn war „Salorno“ geworden, welches sich nun im „Alto Adige“ statt in Südtirol befand.



Aus Antholz-Mitterthal im Pustertal war nun ein „Mezzavalle“ im „Val Anterselva“ im „Val Pusteria“ geworden.

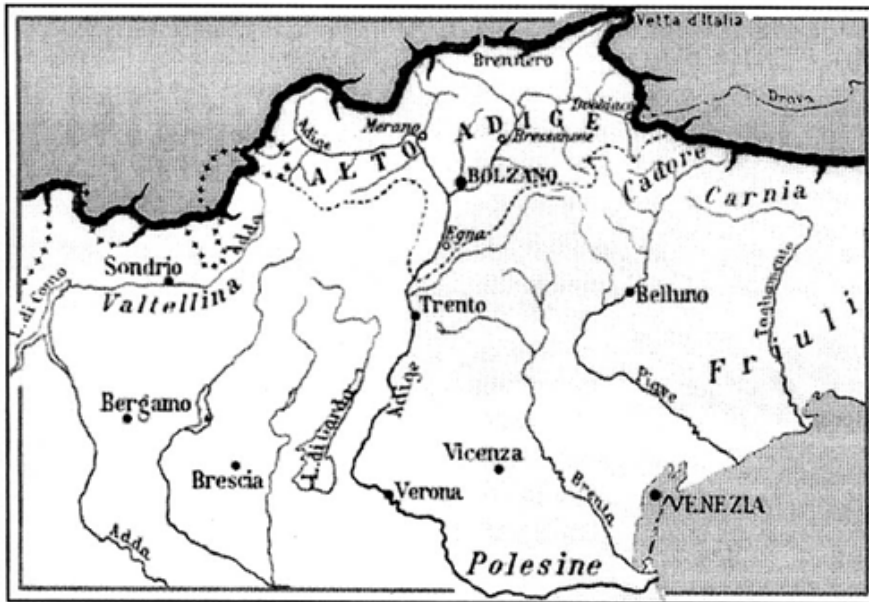
Am 10. Juli 1940 trat das von dem faschistischen Diktator Benito Mussolini unterzeichnete Königliche Dekret Nr. 174 in Kraft.

Dieses erklärte die von Tolomei in seinem **„Prontuario dei Nomi locali dell'Alto Adige“** von 1935 (3. Auflage) veröffentlichten konstruierten italienischen Orts- und Flurnamen zu den offiziellen Ortsbezeichnungen Südtirols. Ihre Zahl war durch die unermüdliche Arbeit des faschistischen Fälschers und seiner Helfer mittlerweile auf eine Zahl von fast 16.800 (basierend auf rund 8.000 Grundformen) angewachsenen.

PRONTUARIO

DEI NOMI LOCALI

DELL'ALTO ADIGE



ISTITUTO DI STUDI PER L'ALTO ADIGE
ROMA, 1935 - XIII



Dieses faschistische Erbe ist uns bis heute erhalten geblieben. Die faschistischen Ortsnamendekrete sind nach wie vor in Kraft. Amtlich sind nach wie vor die faschistischen Namensfälschungen, die deutschen Bezeichnungen – die eigentlichen Ortsnamen – sind lediglich geduldet.

Das traurige Versagen der heutigen Südtiroler Landesführung



Der bekannte Südtiroler **Toponomastik-Experte Cristian Kollmann** schrieb in der „Tiroler Schützenzeitung“ vom Juni 2023 eine viel beachtete Abhandlung über die faschistische Entnationalisierungspolitik und Ortsnamensfälschung in Südtirol und wies auf die mehr als berechtigte Protestaktion der Südtiroler Schützen hin.

Vor 100 Jahren: **Assimilierung** im „Hochetsch“ beschlossen. **Ziel erreicht?**

„Provvedimenti per l'Alto Adige, intesi ad una azione ordinata, pronta ed efficace di assimilazione italiana.“ Ins Deutsche übersetzt: „Maßnahmen für das Hochetsch zum Zwecke einer geordneten, schnellen und wirksamen italienischen Assimilierung“. Mit diesen Worten kündigte der Großrat des Faschismus am 12. März 1923, also genau vor 100 Jahren, offiziell an, wie es mit dem deutschen und ladinischen Teil Tirols, der nach dem 1. Weltkrieg von Italien annektiert worden war, weitergehen soll.

Alles Deutsche und Ladinische musste verschwinden. Von Anfang an im Visier standen dabei die Orts- und Flurnamen, angefangen beim Namen Tirol. So wurden in Durchführung der vom Großrat des Faschismus beschlossenen Maßnahmen u.a. drei Dekrete (1923, 1940 und 1942) verabschiedet, mit denen ausschließlich so genannte „italienische“ Orts- und Flurnamen für amtlich gültig erklärt wurden. Dies kam faktisch einem Verbot der deutschen und ladinischen Namen gleich. Bei den so genannten „italienischen“ Namen hingegen handelte es sich größtenteils um Konstruktionen, deren Anzahl bis zum Jahr 1942 auf über 10.000 angestiegen war. Die meisten stammten aus der Feder eines einzigen Mannes: Ettore Tolomei, ein Welschtiroler Irredentist und späterer Faschist der ersten Stunde, der 1919 in Bozen als erstes Mitglied der faschistischen Partei beitrug.



Die Kompanien in ganz Südtirol beteiligten sich an der gut geplanten Aktion des SSB.

Zur aktuellen Situation führt **Cristian Kollmann** in seinem Artikel aus:

*„Was viele immer noch nicht wissen: Die faschistischen Ortsnamendekrete sind – trotz Pariser Vertrags und Autonomiestatuts – bis heute in Kraft. Immer wieder gab es Versuche im Südtiroler Landtag, sie abzuschaffen, doch **sämtliche Anläufe scheiterten jedes Mal an der fehlenden Zustimmung durch die Südtiroler Volkspartei** – von den italienischen Parteien und den Grünen ganz zu schweigen. ...*

Wohl ist es wahr, dass die vom Großrat des Faschismus beschlossene Assimilierung im ‚Alto Adige‘ nicht so schnell vorangeschritten ist wie ursprünglich gewünscht. Aber: Gut Ding braucht Weile! 100 Jahre, nachdem sie eingeleitet wurde, ist die Assimilierung immer noch nicht vollzogen. Sie wurde aber auch nicht gestoppt. Unaufhaltsam, so scheint es,

schreitet sie voran – langsam, aber sicher!

*Das beste Beispiel hierfür ist der **Südtiroler Landeshauptmann**, oder, treffender bezeichnet, der Präsident der Provinz ‚Alto Adige‘, denn ein ‚Land Südtirol‘ gibt es offiziell gar nicht.*



Schwere Kritik übt Kollmann an dem Südtiroler Landeshauptmann Arno Kompatscher, welcher sich gerne auf Alpini-Treffen sehen lässt und auf Wahlplakaten um italienische Stimmen für sich wirbt („Gemeinsam der morgigen Zukunft entgegen. Arno Kompatscher“).

Dieser ‚Präsident‘ steht sinnbildlich für das mangelnde Verständnis für eine wissenschaftliche und ideologiefreie Herangehensweise, für das mangelnde Gespür für die Wichtigkeit der Authentizität und historischen Fundiertheit unserer Namenlandschaft, für das mangelnde Wissen darüber, was mit der Etikette ‚Alto Adige‘ bis heute bezweckt werden soll. ...

Für die Römer ist der Präsident des ‚Alto Adige‘ sicher ein Erfüllungsgehilfe, ein ‚bravo ragazzo‘ (Anm.: „guter Junge“), leistet er doch willfährig einer Assimilierungspolitik Vorschub, die bis heute auf der römischen Agenda steht. Ettore Tolomei, der Erfinder des ‚Alto Adige‘, hätte sicher auch seine Freude an diesem altoatesinischen Gehorcher. Tatsächlich scheint das ‚Alto Adige‘ in seinem Kopf bereits einen festen Platz eingenommen und sich wohl auch in seinem Herzen tief

eingegenistet zu haben. Anders ist es nicht zu erklären, dass dieser ‚Präsident‘ im Jahr 2021 einen Antrag der Süd- Tiroler Freiheit ablehnte, der die offizielle Einführung von ‚Sudtirolo‘ – und sei es zumindest als Bezeichnung alternativ zu ‚Alto Adige‘ – vorsah ...



Die Landtagsabgeordneten der Süd-Tiroler Freiheit, Sven Knoll und Myriam Atz-Tammerle, hatten im Südtiroler Landtag den Antrag eingebracht, welcher sodann von der SVP, der Lega und den Grünen abgelehnt wurde.

*Das Nein des Südtiroler Landtages zu ‚Sudtirolo‘, das mit großer Mehrheit beschlossen wurde, zeigt vor allem eines: **Die Assimilierungspolitik im ‚Alto Adige‘ wird mittlerweile besonders hierzulande von den eigenen politischen Vertretern eifrig vorangetrieben. ...***

Doch was für eine Autonomie hat Südtirol eigentlich, wenn diesem Tiroler Landesteil bis heute nicht einmal seine eigenen Namen zugestanden werden? Wer sind die Bremser?

Sie sitzen nicht nur in Rom, sondern auch in Bozen. Die

*Mehrheit der Südtiroler Vertreter ist im Landtag zu ‚Altoatesinen‘ mutiert, zu einem Kleinrat von Faschismusverstehern und Faschismusversteherrinnen, Mitgehorchern und Mitgehorcherrinnen, angeführt von einem **Ober-Gehorcher**, einem **,altoatesinissimo‘!***

Hat der Großrat des Faschismus also sein 1923 gestecktes Ziel erreicht? Noch nicht ganz, aber: Gut Ding braucht Weile.“

In einem Leserbrief an die „Tiroler Schützenzeitung“ vom August 2023 legte **Cristian Kollmann** noch nach:

*„Im Frühjahr 2023 hat sich der Südtiroler Landtag – zum wiederholten Male – gegen die Abschaffung der drei faschistischen Ortsnamensdekrete ausgesprochen. Man wolle kein Öl ins Feuer gießen, hieß es von Seite der SVP, und man arbeite lieber lösungsorientiert. ... All dies zeigt nur eines: **Kompatschers Herz schlägt noch mehr als das seiner Vorgänger, für Italien und dessen relativierende Politik der faschistischen Kulturverbrechen.**“*



Am 30. Juni 2023 erklärte **Roland Seppi**, der Landeskommandant des „Südtiroler Schützenbundes“ in einer Presseaussendung:

„Es ist eine Schande für die Kulturnation Italien, für ein modernes Südtirol, für die Schutzmacht Österreich und für das

demokratische Europa, faschistische Ortsnamenfälschungen weiterhin anzuerkennen.

Die Verbreitung von faschistischem oder nationalsozialistischem Gedankengut nennt man in Österreich und Deutschland ‚Wiederbetätigung‘.

Diese Wiederbetätigung wird strafrechtlich verfolgt. Bei uns grüßt der Faschismus in Form der Ortsnamen fröhlich von jedem Ortsschild.

Wir erwarten uns endlich nachhaltige Lösungen in dieser Frage. Die Wiedergutmachung durch die historische Wahrheit wäre ein Zeichen demokratischer Reife.“

Man wird sehen! Wenn die „Südtiroler Volkspartei“ (SVP) ihre italophile Haltung nicht ändert, wird man es in Rom jedoch wohl kaum für nötig halten, von sich aus in diesem Sinne zu handeln.

Abschied von Dr. Bruno Hosp

Am 12. Juli 2023 verstarb der langjährige SVP-Landesrat Dr. Bruno Hosp in Bozen.

Er wurde in zahlreichen Nachrufen auch von ehemaligen politischen Wettbewerbern ehrend gewürdigt. Dr. Hosp war drei Legislaturen lang unter Landeshauptmann Luis Durnwalder Landesrat für deutsche und ladinische Kultur sowie Denkmalpflege gewesen. Auch als Landtags- und Regionalratsabgeordneter und Vizepräsident des Regionalrats

hatte sich Dr. Hosp große Verdienste für die Bewahrung und Pflege der deutschen und ladinischen Kultur erworben.

Der „Südtiroler Heimatbund“ (SHB) weist in einem Nachruf auf eine bislang nur einem kleinen Kreis bekannte Tatsache hin: **Dr. Bruno Hosp hatte als Student zu den Freiheitskämpfern des „Befreiungsausschusses Südtirol“ (BAS) gehört.**

Während der Zeit seiner politischen Tätigkeit hatte man sinnvollerweise dies nicht öffentlich erörtert. Jetzt kann man offen darüber sprechen.

Nachstehend der berührende Nachruf des SHB:

Dr. Bruno Hosp ist verstorben – Ein treuer Sohn der Heimat, ist von uns gegangen

Ein Nachruf von Roland Lang, Obmann des „Südtiroler Heimatbundes“ (SHB)



Am 12. Juli 2023 erreichte uns die traurige Nachricht, dass Dr. Bruno Hosp uns für immer verlassen hat. Er wurde Opfer eines Herzinfarktes.

Am 22. April 2023 hatte noch ich mit Dr. Bruno Hosp die 58. Bundesversammlung des Südtiroler Schützenbundes besucht. Er saß während der Veranstaltung an meiner Seite.



V. l. n. r.: Elmar Thaler (ehemaliger Landeskommandant des Südtiroler Schützenbundes), Luis Pixner (SHB-Obmannstellvertreter), Roland Lang (SHB-Obmann) und Dr. Bruno Hosp.

Dr. Bruno Hosp wurde am 21. Oktober 1938 in Klobenstein am Ritten, Südtirol, geboren. Er maturierte in Meran und wurde zum 1967 zum Dr. rer. pol. in Wien mit einer Dissertation über „Die Rolle des italienischen Verfassungsgerichtshofes in der Erfüllung des Pariser Südtirol-Abkommens“ promoviert. Sein „Doktorvater“ war der berühmte Univ. Prof. Dr. Felix Ermacora. Er war 1958 Gründungsmitglied der Schützenkompanie Peter-Mayr-Ritten und wurde später mit dem Range eines Ehrenmajors des Südtiroler Schützenbundes ausgezeichnet.

Bereits in seiner Schulzeit war der junge Hosp an handgreiflichen Auseinandersetzungen mit Neofaschisten

beteiligt und wurde in der Folge „*unsanften Polizeiverhören*“ unterzogen, wie er berichtete.

Im August 1957 lernte der Student Bruno Hosp seine Freunde Luis Amplatz und Sepp Kerschbaumer, den Gründer des „Befreiungsausschusses Südtirol“, kennen. So entstand am Ritten eine eigene BAS-Gruppe, der Bruno Hosp angehörte.

Am 27. November 1957 fand die große Südtiroler Volkskundgebung auf Schloss Sigmundskron statt. Darüber hat Bruno Hosp später in einem Interview berichtet: *„Damals war ich mit meiner ganzen Meraner Maturaklasse, ohne Ausnahme, mit einem großen Spruchband was wir in der Nacht vorher selber konstruiert hatten, aus zwei Leintuchfetzen die wir aneinander genäht haben, mit der Aufschrift „Tirol den Tirolern – Weniger Worte, mehr Taten“. Mit dem sind wir aufmarschiert. Ich hatte mich natürlich auch mit Luis Amplatz besprochen und mit Sepp Kerschbaumer und verschiedenen Freunden aus Gries und Bozen.“* (Zeitzeugengespräch mit Bruno Hosp von Dr. Franz J. Haller, Meran)



Ganz links im Bild: Der damalige Student Bruno Hosp als Träger der Transparentstange.

Der BAS-Gründer Sepp Kerschbaumer brachte Tiroler Fahnen zur BAS-Gruppe rund um den Studenten Bruno Hosp und dieser berichtete darüber später: „Und wir haben dann auch Fahnen

gehisst. Wir hatten dann unsere Freude daran, wie man mit diesen Fahnen umgegangen ist. Beispielsweise im Jahr 1960 kann ich mich gut erinnern, am Fronleichnamstag, haben wir eine Fahne am Prozessionsweg zwischen Lengmoos und Klobenstein auf eine hohe Lärche hinauf gebracht und eben dort gehisst. Während des Prozessionszugs waren die Carabinieri dabei, diese Fahne herunterzunehmen. Es ist ihnen fast nicht gelungen. Wir haben dann am Herz-Jesu-Sonntag wieder eine Fahne gehisst. Aber da haben wir eine Lärche genommen und haben dann die ersten zehn Meter hinauf alle Äste beim Heruntergehen eingesägt. Das war dann wirklich ein Schauspiel, denn während der ganzen Nachmittagsprozession am Herz-Jesu-Sonntag waren da drei Carabinieri beschäftigt Ast für Ast hinaufzuklettern und immer wieder ist ein Ast gebrochen. Und erst am nächsten Tag mit Hilfe eines italienischen Burschen vom Dorf und zweier Holzarbeiter, war es ihnen dann gelungen die Fahne einzuholen. Amplatz hat uns dafür sehr gelobt.“

1960 wurde die Gruppe um Bruno Hosp mit Sprengstoff ausgestattet. Darüber berichtete Hosp im Interview jedoch nichts Näheres, sondern erklärte nur sehr allgemein: „Natürlich, es wurden Waffen und Sprengstoff gesammelt, es wurden in Südtirol Lager angelegt, es wurden Zellen gegründet. Es wurde kurzum etwas vorbereitet, das die Weltöffentlichkeit auf das Unrecht das den Südtirolern geschehen ist, aufmerksam machen sollte. Das ist dann auch gelungen in der Herz-Jesu Nacht im Jahre 1961.“ (Zeitzeugengespräch mit Bruno Hosp von Dr. Franz J. Haller, Meran)

Als die Freiheitskämpfer Luis Amplatz und Georg Klotz nach Österreich fliehen mussten, kümmerte sich der in Wien studierende Bruno Hosp in aufopfernder Weise um sie, besorgte Unterkunft, Unterstützung und Arbeit sowie anwaltliche Beratung durch den berühmten Rechtsanwalt Dr. Stern, welcher kein Honorar verlangte.



Der Student Bruno Hosp im Jahre 1965 zusammen mit dem im österreichischen Exil lebenden Freiheitskämpfer Georg Klotz.

Nach seinem vollendeten Studium betätigte sich Dr. Bruno Hosp als Lehrer; Rundfunk- und Fernsehpublizist. Er machte sich um den Aufbau des Südtiroler Schützenwesens sehr verdient und wurde zum Ehrenmajor ernannt.

Als SVP-Politiker vergaß und verriet er niemals seine Grundsätze. Er trat als Bürgermeister der Gemeinde Ritten, als Generalsekretär der Südtiroler Volkspartei (SVP), als Landtagsabgeordneter und Kulturlandesrat sowie als Vorsitzender des SVP-Clubs der Altmandatare stets und unermüdlich für die volkstumpolitischen Anliegen seiner Heimat ein.

Auf der SVP-Landesversammlung des Jahres 1975 forderte Dr. Bruno Hosp die öffentliche Würdigung der Südtiroler Freiheitskämpfer durch die SVP, *„um diesen Männern ihr Ansehen zurückzugeben und sie, die kompromisslose Hingabe an die Heimat gezeigt haben, zu rehabilitieren.“*

Auf der SVP-Landesversammlung von 1982 wiederholte Dr. Hosp diese Forderung und betonte, *„dass ein Eintreten für die Männer eine Geste der humanitären Gerechtigkeit wäre, deren sich niemand zu schämen hätte.“* Hosp forderte die SVP auf, sich für die Begnadigung der im Exil lebenden Freiheitskämpfer durch den italienischen Staatspräsidenten einzusetzen.

Das Anliegen der Aufhebung dieser menschenrechtswidrigen Abwesenheitsurteile vertrat Dr. Bruno Hosp auch in den kommenden Jahren immer wieder in enger und guter Zusammenarbeit mit dem ehemaligen Freiheitskämpfer Univ. Prof. Dr. Erhard Hartung. Er setzte sich auch für die in Bozen entstehende BAS-Ausstellung ein.

Es ist Dr. Hosp zu verdanken, dass die von ehemaligen Südtiroler Freiheitskämpfern mitbegründete Ausstellung „BAS – Opfer für die Freiheit“ an zentraler Stelle in Bozen errichtet werden konnte. Von Beginn an war Dr. Bruno Hosp Ausstellungsbeirat und dessen Sprecher. Seit einem Jahr hatte er sich aktiv um eine Vergrößerung der Ausstellung und deren inhaltliche Erweiterung eingesetzt, für einen Zeitraum des Freiheitskampfes von 1809 unter Andreas Hofer bis zum Südtiroler Freiheitskampf der 1960er Jahre.

Es könnten noch viele weiteren Beispiele für die Haltung und den Einsatz von Dr. Bruno Hosp angeführt werden.

Wir trauern um einen großen und treuen Sohn unserer Heimat und hoffen, dass sein Wirken nachfolgenden Generationen als Vorbild dienen möge.

Roland Lang

Obmann des „Südtiroler Heimatbundes“ (SHB)

Das angebliche „Gemetzel“ und „Blutbad“ auf der Porze-Scharte

Die Aufrechterhaltung einer staatlichen Lüge

Wie jedes Jahr veranstaltete die „Nationale Alpini-Vereinigung“ („Associazione Nazionale Alpini“ – ANA) auf der Porze-Scharte („Passo di Cima Vallone“) eine Gedenkveranstaltung auf der Porzescharte in der Provinz Belluno nahe der italienischen Staatsgrenze zu Österreich. Wie die staatliche italienische Propaganda seit Jahrzehnten behauptet, hätten dort österreichische „terroristi“ am 25. Juni 1967 mithilfe von Tretminen ein Gemetzel („eccidio“) und Blutbad („strage“) angerichtet, bei dem 4 italienische Soldaten umgekommen seien.





Links: Ankündigung der diesjährigen Alpini-Gedenkveranstaltung auf der Porze-Scharte. Rechts: Eine der vielen italienischen Publikationen, in denen das Geschehen von 1967 als „Blutbad auf der Porze“ („La Strage di Cima Vallona“) dargestellt wird.

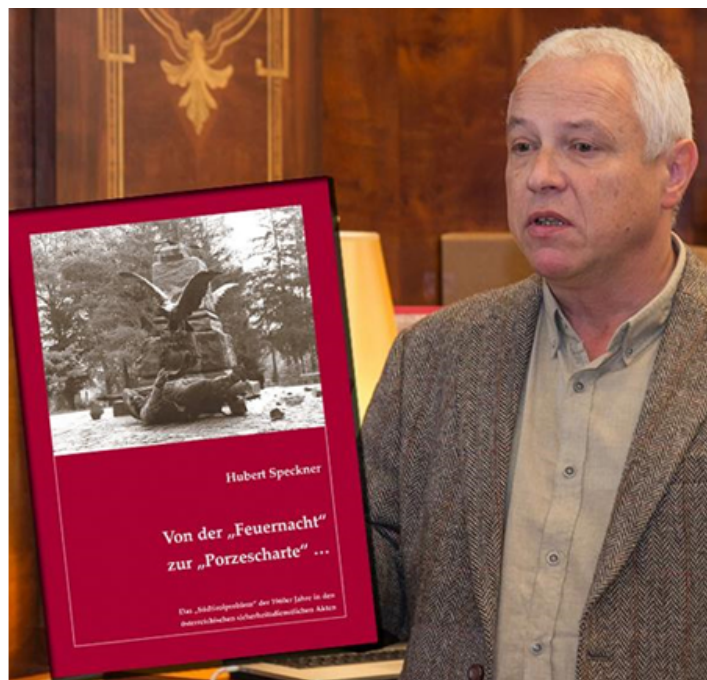
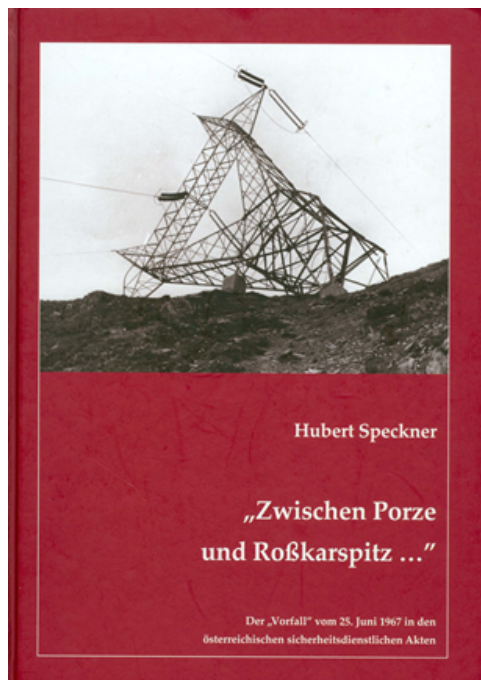
Es war um eine Erpressung Österreichs gegangen

Italien hatte damals das angebliche durch österreichische „Terroristen“ angerichtete „Gemetzel“ zum Anlass genommen, ein Veto gegen den Beitritt Österreichs zur „Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft“ (EWG) einzulegen. Rom hatte gefordert, dass die österreichische Bundesregierung Italien helfen sollte, die „terroristi“ mit aller Härte zu verfolgen. Die italienische Regierung hatte behauptet, dass auch weitere Vorkommnisse, bei denen Italiener zu Tode gekommen waren, den „terroristi“ zuzuschreiben seien. Wien war willig eingeknickt und hatte sich allen italienischen Forderungen gebeugt.

Ein österreichischer Militärhistoriker deckte ein Lügengebäude auf



Der österreichische **Militärhistoriker Oberst Mag. Dr. Hubert Speckner**, **Lehrer an der Österreichischen Landesverteidigungsakademie**, hatte bereits 2013 in der Dokumentation „**Zwischen Porze und Roßkarspitz ...**“ anhand sicherheitsdienstlicher und persönlicher „Tatort“-Begehungen nachgewiesen, dass ein angeblicher Anschlag österreichischer Täter auf der Porzescharte mit vier italienischen Opfern am 25. Juni 1967 so nicht stattgefunden haben konnte, wie es die offiziellen italienischen Darstellungen schilderten. Zudem konnten die von Italien beschuldigten und in der Folge in Abwesenheit verurteilten Österreicher Speckners Untersuchungen zufolge auf keinen Fall die „Täter“ gewesen sein.



Am 28. November 2016 stellte der österreichische Militärhistoriker Oberst Mag. Dr. Hubert Speckner von der Österreichischen Landesverteidigungsakademie einem interessierten Fachpublikum in Wien ein neues Buch brisanten Inhalts vor: **„Von der Feuernacht zur Porzescharte“** mit dem Untertitel **„Das ‚Südtirolproblem‘ der 1960er Jahre in den österreichischen sicherheitsdienstlichen Akten“**.

Speckner hatte Zugang zu allen relevanten und Jahrzehnte lang geheimen sicherheitsdienstlichen Unterlagen der Republik, welche sich mit Anschlägen in Südtirol während der Zeit des Freiheitskampfes befassten.

Das Ergebnis der Aktenauswertung ist sensationell: Bei einer Reihe von Anschlägen, welche gezielt auch Zivilbevölkerung in Gefahr gebracht hatten oder hätten bringen können, hatten offenbar italienische „Dienste“ ihre Hand mit im Spiel gehabt. Hier war es darum gegangen, die „terroristi altoatesini“ als gewissenlose und verruchte Täter darzustellen, welche auf die Vernichtung von Menschenleben abzielten.

In anderen Fällen ließ sich eine provokatorische Steuerung im Hintergrund erkennen. Speckner dokumentiert auch Anschläge, die von italienischen Neofaschisten verübt worden waren und

bei denen versucht worden war, sie Österreichern in die Schuhe zu schieben.

Speckners Enthüllungen bewirkten und bewirken kein Eingeständnis Roms

Wie Oberst Mag. Speckner anhand österreichischer und italienischer Akten und örtlicher Begehungen nachwies, spricht alles dafür, dass auf der **Porze-Scharte** offenbar eine **geheimdienstliche Aktion** stattgefunden hatte, bei der **ein künstlicher „Tatort“** geschaffen worden war.

Es bleibt somit der damals schon von Zeitzeugen geäußerte Verdacht bestehen, dass eine italienische Geheimdienstmanipulation vorlag, wonach Opfer einer italienischen militärischen Verminungsübung der Öffentlichkeit als Opfer blutrünstiger „Südtirol-Terroristen“ präsentiert wurden. Der damalige, parteiunabhängige **österreichische Justizminister Univ.-Prof. Dr. Heinz Klecatzky** nannte 2010 als Verursacher des Vorfalls eine „*inneritalienische Manipulation*“. Der renommierte **Präsident der Belluneser Anwaltskammer, Dott. Peppino Zangrando**, kam nach jahrelangen Recherchen ebenfalls zum Ergebnis, dass der Vorfall auf der Porzescharte sich so nicht zugetragen haben kann, wie von Italien offiziell dargestellt wird.

Keine italienische Regierung war bis heute bereit, dies einzugestehen, obwohl mittlerweile Speckners Forschungsergebnisse auch in italienischer Übersetzung als Buch vorliegen.



Die Zerstörung eines Lügengebäudes

Im November 2022 legte der Historiker und Militärsachverständige Oberst Mag. Dr. Hubert Speckner ein neues sensationelles Werk vor:



Hubert Speckner:

„Pfitscherjoch, Steinalm, Porzescharte – Die drei „merkwürdigen Vorfälle“ des Höhepunktes der Südtiroler Bombenjahre in den Jahren 1966 und 1967“

EFFEKT-Verlag in Neumarkt/Südtirol

Umfang: 284 Seiten, Preis ab Verlag: ab EURO 25,00

Hier geht es zur Internet-Seite des EFFEKT-Verlages:

<https://effekt-shop.it/shop/buecher/pfitscherjoch-steinalm-porzscharte/>

Anhand von wissenschaftlichen Untersuchungen und Durchführung von Sprengversuchen wurde durch gerichtlich beeidete Sachverständige bestätigt, dass einige angebliche „Terrorakte“ des „Befreiungsausschusses Südtirol“ (BAS) der Jahre 1966 und 1967 in Wahrheit getürkt waren. Es dürfte sich bei den italienischen toten Militärpersonen um Opfer tragischer Unfälle gehandelt haben, die nachträglich zu Opfern von „Anschlägen“ erklärt wurden.

Auch in Bezug auf das angebliche Geschehen auf der Porze-Scharte waren die Ergebnisse der Untersuchungen und Sprengversuche eindeutig: Die italienischen Darstellungen stimmen nicht.

Den Forschungsergebnissen zufolge dürften die toten italienischen Soldaten auf der Porze-Scharte vermutlich vielmehr Opfer einer missglückten Verminungsübung auf einem nahe gelegenen militärischen Übungsgelände geworden sein. Nachträglich seien sie dann offenbar zu „Opfern“ der Südtiroler Freiheitskämpfer umfunktioniert worden. Zu diesem Zweck wurde offenbar ein künstlicher „Tatort“ geschaffen.

Die Buchvorstellung in Wien – ein „Lügengebäude“ und „die Stimme der Wahrheit“

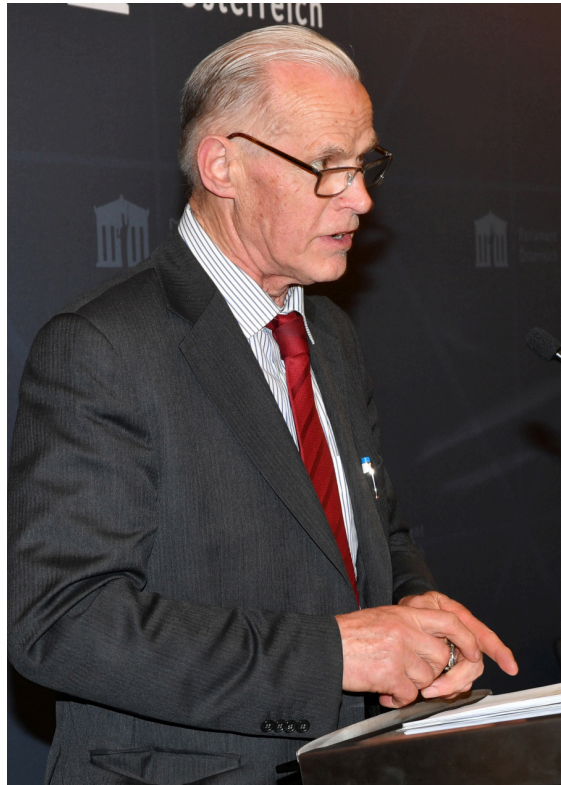


Am 9. Mai 2023 wurde das neue Buch im Cafe Landtmann in Wien einem interessierten Publikum vorgestellt. Der ehemalige **Südtiroler Landtagsabgeordnete und Regionalratspräsident Dr. Franz Pahl** („Südtiroler Volkspartei“ – SVP) führte zu dem neuen Werk unter anderem aus:

„Der Militärhistoriker Dr. Hubert Speckner hat mit seinem Werk drei besonders auffällige Anschläge der Jahre 1966/67 in den Blick genommen, es sind die Anschläge auf dem Pfitscherjoch, der Steinalm und auf der Porzescharte. Sie sind deshalb von Bedeutung, weil das nationalistische Italien jener Zeit – und unverändert bis heute, wenn auch kaum noch nachdrücklich, – die Anschläge mit italienischen Opfern als Tat der so genannten „Südtiroler Terroristen“ darstellte.

Für Italien konnte und durfte es nicht anders sein, denn es wäre politisch undenkbar gewesen, irgendwelche Zweifel an dieser These zuzulassen. Die Zweifler an der italienischen

Version wurden schnell als Terroristenfreunde gebrandmarkt. ...



Dr. Franz Pahl bei seiner
Ansprache

*Der Militärhistoriker Dr. Speckner ließ nicht beeindruckt werden und begann Nachforschungen. **Es kam zutage, dass es sich bei den italienischen Darstellungen nicht um Wahrheit, sondern um ein Lügengebäude handelt.***

*Schließlich wurden an Ort und Stelle von kompetenter Seite Erhebungen angestellt und der Ablauf nachgestellt. **Die italienische Propaganda ist als solche entlarvt. Auffallend in diesem Zusammenhang, dass Italien es diesmal vorzog, alles mit Schweigen zu übergehen, um nicht etwa durch Proteste in unangenehme Diskussionen um die Beweislage verwickelt zu werden.***

Zwar ist den meisten der gegenwärtigen italienischen Politiker die Zeit der Attentate in Südtirol nur noch sehr ungefähr und nur in der Weise des angeblichen „Südtirolterrorismus“ geläufig. Dennoch gibt es bei der so genannten Carabinieriwaffe, also den Einheiten der Militärpolizei, die

in Italien kapillar Ordnungsfunktionen bis ins letzte Dorf innehaben, noch immer eine Erinnerung und ein Bewusstsein dafür, dass man trotz aller äußeren Ruhe achtsam bleiben müsse. Aber auch von dieser Seite gibt es wohlkalkuliertes Schweigen. Wo immer ein Buch mit südtirolpolitischer Brisanz mit Bezug auf die Sechzigerjahre erscheint, landen Nachrichten davon sofort auf den Schreibtischen von Bozen und Rom. Die italienischen Konsulate und die Botschaft wirken mit Eifer mit.

Würde Italien nicht wohlbedacht alles einfach übergehen, würde das eine arge Erschütterung hervorrufen. Wenn es darauf ankommt, sind sich alle italienischen Parteien bei den nationalen Prioritäten einig, zwar unterschiedlich im Ton, aber der Nationalismus tritt schnell wieder hervor. ...

Der Autor Dr. Speckner hat eine breite Bresche in die italienische Falschdarstellung geschlagen. Die Bücher sind veröffentlicht, die Fakten erläutert und fachkundig belegt.

Diesen Werken und dem Bemühen und der Mitwirkung aller, die in ihrem Handeln und in ihrer Haltung als Österreicher südtirolpolitisches Bewusstsein beweisen, ist es zu verdanken, dass die Stimme für die Wahrheit nicht verstummt. Sie hat Langzeitwirkung.“

Die in Italien in Abwesenheit verurteilten Österreicher sind unschuldig

Die von Italien beschuldigten und in einem menschenrechtswidrigen Abwesenheitsverfahren 1972 in Florenz verurteilten Österreicher **Univ.-Prof. Dr. Erhard Hartung, Peter Kienesberger und Egon Kufner** können demnach keine „Täter“ in dem tatsächlich manipulierten Geschehen auf der Porze-Scharte sein.

Die Genannten wurden übrigens in Österreich vor Gericht gestellt und in einem ordentlichen Verfahren in Anwesenheit

(und nicht menschenrechtswidrig in Abwesenheit wie in Italien), eingehend einvernommen und 1971 freigesprochen.)



Die Angeklagten (v.l.n.r.) Egon Kufner, Univ.-Prof. Dr. Hartung und Peter Kienesberger wurden in Österreich freigesprochen.

Zu der Überzeugung der Sprengsachverständigen war auch **Oberst Mag. Dr. Hubert Speckner** gelangt, wie er bei der Buchpräsentation in einem Interview mit dem Südtiroler Internetportal UT24 erklärte:

*„Ich hatte mich ja schon vor Jahren für mein damaliges Buch „Von der Feuernacht zur Porzescharte“ damit beschäftigt und weiter daran geforscht. Nun gibt es neue Erkenntnisse durch Sachverständige, die ich unter die Leute bringen möchte, weil es einfach wichtig ist, öffentlich zu machen, dass das alles so, wie es dargestellt wird, nicht gewesen sein kann. Die Akten geben etwas völlig anderes her und die neuen Erkenntnisse ein sehr interessantes Bild, vor allem durch jene der **Sachverständigen Ruspeckhofer und Hasler**.*



Oberst Dr. Mag. Hubert Speckner zusammen mit den Sprengsachverständigen Harald Hasler und Max Ruspeckhofer. Porzescharte, Steinalm und Pfitscher Joch

Ich war selbst mehrmals auf der Porzescharte, am Pfitscherjoch und auf der Steinalm. ...

In der offiziellen Darstellung stimmt von vorne bis hinten nichts, sie KANN so gar nicht stimmen, wie die Sachverständigen dargestellt haben. Leichen liegen falsch, Daten über Sprengungen, die so technisch gar nicht passiert sein können, usw.

Die Taten wurden ja bekanntlich dem BAS angedichtet, der es aber nach diesen Darstellungen gar nicht gewesen sein kann. Sachverständige vor Ort haben dies nun bestätigt. So zum Beispiel Dr. Hasler, der diese Fälle nachgesprengt und mit Dummys nachgestellt hat.

Nun stellt sich die Frage: Wer war es dann? Das könnten wir erst beantworten, wenn Italien seine Archive öffnet, was es aber meiner Befürchtung nach nicht so schnell tun wird. Italien ist Meister darin, Dinge zu verschleiern und

auszusitzen, um sich nicht damit zu beschäftigen.“

***Bis heute ist keine offizielle
Rehabilitation der damals zu Unrecht
Beschuldigten erfolgt***



*Univ.-Prof. Dr. Erhard
Hartung (stehend) bei
seiner Wortmeldung im
Österreichischen Parlament
in Wien*

*Einen Tag vor der Veranstaltung im Cafe Landtmann in Wien
hatte Univ.-Prof. Dr. Erhard Hartung im Österreichischen
Parlament in Wien am 8. Mai 2023 den Parlamentsdirektor und
die **Südtirol-Sprecher der Parlamentsklubs** getroffen und ihnen
gegenüber erklärt:*

*„Ich erlaube mir, als auch persönlich davon betroffener
Tiroler, den Wunsch all jener Personen vorzutragen, die von
Österreich ob ihres politischen Südtirol-Engagements während
der 1960er Jahre juristisch verfolgt und bis zu mehreren
Jahren in Untersuchungshaft gesperrt worden waren oder die,*

um einer weiteren Freiheitsberaubung zu entgehen, als Flüchtlinge im Ausland im politischen Asyl leben mussten, ohne jemals in Österreich rechtskräftig verurteilt zu werden. **Unser, ohne größere Schwierigkeiten oder Kosten zu erfüllender Wunsch ist einzig und allein eine öffentliche Rehabilitierung durch unser Vaterland Österreich.** Innigst ersuche ich Sie, dafür tätig zu werden.“

Univ.-Prof. Dr. Erhard Hartung wies auch noch darauf hin, dass es den Betroffenen hier nicht um finanzielle Wiedergutmachung gehe. Für diese Wortmeldung erhielt er viel Applaus.

Man wird jedoch sehen, ob sich tatsächlich etwas an der bisherigen opportunistischen Haltung der österreichischen Regierung in Wien ändern wird. Bisher hatte man dort immer sorgfältig darauf Wert gelegt, die italienischen „Freunde“ in Rom ja nicht zu verärgern.

Hungerstreik aus Solidarität mit einer Südtirolerin, die als Österreicherin sterben will

Am 11. Juni 2021 stellte die am 23. April 1919 als österreichische Staatsbürgerin in Kurtatsch geborene **Hermine Aloisia Orian** (geborene Mair) im Alter von 102 Jahren den Antrag an die Republik Österreich, ihr die österreichische Staatsbürgerschaft wieder zu verleihen. **Sie wünscht sich, als österreichische Staatsbürgerin zu sterben, da sie 1919 als**

österreichische Staatsbürgerin geboren wurde.

Die Antragstellerin war in der Zeit des Faschismus als „Katakombenlehrerin“ tätig gewesen und hatte die Gefahr von Verhaftung und Verbannung auf sich genommen.



Der Vorstand des Andreas Hofer-Bundes (v. l.: AHBT-Obmannstellvertreter Hermann Unterkircher, AHBT-Obmann Alois Wechselberger, Hermine Orian und AHBT-Südtirol-Beauftragte Edith Weinreich) besuchten Frau Orian an ihrem 103. Geburtstag in ihrem kleinen Haus in Schenna bei Meran.

Aus Wien kam keine Antwort. Obwohl die italienische Gesetzeslage eine Doppelstaatsbürgerschaft zulässt und sich auch die Südtiroler Volkspartei (SVP) wiederholter Maßen für die Möglichkeit einer Doppelstaatsbürgerschaft der Südtiroler ausgesprochen hat, stieß dieses Vorhaben auf die strikte Ablehnung der Regierungspartei ÖVP.

Rom wollte und will keine engere Anbindung der Südtiroler an

Österreich und die Lakaian in Wien waren und sind gehorsam.

Der „Südtiroler Heimatbund“ (SHB) und der Nordtiroler „Andreas Hofer-Bund Tirol“ (AHBT) setzten sich in der Folge für das Anliegen der Frau Oria ein und richteten zahlreiche Schreiben an die österreichischen Regierungsstellen.

Insbesondere der **AHBT-Obmann Mag. Alois Wechselberger** wurde hier unermüdlich tätig. Er wurde von den Behörden – wohl auf Weisung von oben – in die Irre und im Kreis geschickt. Man schickte ihn von Pontius zu Pilatus und letztlich lehnte jede Regierungs- Landes- und Magistratsstelle die Zuständigkeit ab.



Auch eine Demonstration Tiroler Schützen in Wien vor dem Innen- und dem Außenministerium in Wien, darunter Schützen der Kompanie „Major Guiseppa de Betta“ aus Trient, bewirkte nichts.

Der Außenminister Schallenberg reagierte auf schriftliche Eingaben einfach nicht.

Mittlerweile wurde Frau Orian am 23. April 2023 104 Jahre alt und es ist offensichtlich, dass man in Regierungskreisen in Wien hofft, dass sich das lästige Problem bald von selbst erledigt.

In dieser Situation erreicht uns folgender Pressedienst des „Andreas Hofer-Bundes Tirol“ (AHBT):

Österreichische Bundesregierung gefährdet 2 Menschenleben!

104jähriger Südtirolerin wird die Vergabe der österr. Staatsbürgerschaft verwehrt! AHBT-Obmann Wechselberger, der Frau Orian im Wort steht, greift zum Mittel der moralischen Notwehr: zum Hungerstreik!

Sehr geehrte Damen und Herren,

in der seit Jahren strittigen Frage der österreichischen Staatsbürgerschaft für die im 105. Lebensjahr stehende Südtirolerin, ehemalige Katakomben-Lehrerin, Urgroßmutter Hermine Orian (geb. Mayr) ist nun unser Obmann, Mag. Alois Wechselberger, in den Hungerstreik getreten.

Das Innenministerium hat uns, dem Andreas Hofer-Bund Tirol (AHBT), mehrfach zugesagt, den Fall Orian – noch vor der Sommerpause (!!!) – in den Ministerrat zu bringen. Bis zur parlamentarischen Sommerpause sind es nur noch knapp drei Wochen!

Unsere zahlreichen Anfragen in den letzten Wochen bestätigten jedoch, dass der Fall Orian durch Innenminister Karner (ÖVP) persönlich blockiert wird: Der Ministerratsdienst des Bundeskanzleramts und auch andere mit der Sache befassten Ministerien und Regierungsstellen bestätigten, dass es bis dato keine Vorbereitungen getroffen wurden, um die Staatsbürgerschaftsfrage im Ministerrat endgültig zu behandeln und abzuschließen.

Wir vom AHBT und auch Frau Hermine Orian sind offenbar durch Beamte und Minister über Wochen und Monate hinweggetäuscht worden. Wir lehnen eine von der Regierung angesteuerte „biologische Lösung“ – durch gezielte Verschleppung einer Entscheidung – im Fall Orian kategorisch ab!

Wie bereits in einer Presseaussendung angekündigt, hat unser Obmann als Mittel der äußersten moralischen Notwehr den **Hungerstreik** gewählt. **Seit 10. Juni 2023 ist unser Obmann im Hungerstreik!** Es liegt nun an der Bundesregierung in Wien den Fall Orian rasch abzuschließen, um die (bereits angeschlagene) Gesundheit bzw. das Leben unseres Obmannes sicherzustellen. Für die seelischen Qualen der altersbedingt sehr gebrechlichen Frau Hermine Orian und für die körperliche Unversehrtheit unseres Obmannes machen wir die Regierung Nehammer-Kogler (namentlich Herrn Innenminister Karner) persönlich verantwortlich!

Während die sogenannte freien und unabhängigen österreichischen Medien zur Causa Orian (noch!!!) schweigen, berichtet bereits die italienische Nachrichtenagentur ANSA.

Übersetzung:

Hungerstreik für die italienisch-österreichische Staatsbürgerschaft

Der Promoter nimmt nur Flüssigkeiten zu sich, „es ist die letzte Form der Selbstverteidigung“

*(ANSA) – BOZEN, 13. JUNI – Seit Jahren kämpft **Alois Wechselberger vom Andreas-Hofer-Bund** für **Hermine Orian**, einer 104-jährigen Südtirolerin, um die österreichische Staatsbürgerschaft.*

Nun ist er in einen Hungerstreik getreten.

„Seit Sonntag nehme ich nur noch Flüssigkeit und etwas Traubenzucker zu mir“, sagte Wechselberger gegenüber ANSA.

Der Österreicher begründet die Entscheidung damit, dass „trotz der Zusage des Wiener Innenministeriums, die Sache Orian bis Ende Juni dem Ministerrat vorzulegen, bislang nichts passiert ist“.

Bis zur Sommerpause werde es nur noch zwei Ministerratssitzungen geben, betont Wechselberger.

„Offensichtlich wird im Fall Orian weiter Obstruktionspolitik betrieben, die mit Unwahrheiten auf eine biologische Lösung abzielt“, sagt der Initiator der Klage, der dem Innenministerium in Wien vorwirft, das Dossier nicht an das Außenministerium weitergeleitet zu haben.

„Der Andreas-Hofer-Bund hat in diesen zwei Jahren weder Zeit noch Kosten gescheut. Angesichts des Umgangs Wiens mit Frau Orian im Besonderen und den Südtirolern im Allgemeinen ist es dringend geboten, mit einem Hungerstreik auf dieses Unrecht aufmerksam zu machen – wie eine letzte Form der Selbstverteidigung“, schlussfolgert Wechselberger.

Mit Gesamttiroler Gruß zeichnen für den AHBT-Vorstand:

Johann Moser e.h.

z.Zt. geschäftsf. Obmann des AHBT
und

Wilfried Nothegger e.h.

Obmann-Stv. des AHBT